

Aus dem Bergbau in Süddeutschland wird folgendes Ergebnis gemeldet:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften	5704	104
Christliche Gewerkschaften	1201	20
R.G.D. (Karte Einheitsliste)	353	3
Hafenkreuzler („Antimarkisten“)	102	1
Gelbe	84	1
Sonstige	36	1

In Niederschlesien ist folgendes Resultat zu verzeichnen:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften	9262	57
Christliche Gewerkschaften	1491	9
Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften	1156	3
R.P.D.	4442	19
Nazis	119	—
Gelbe	301	1

Aus dem Bezirk Hannover wird als vorläufiges Ergebnis gemeldet:

	Stimmen	Mandate
Freie Gewerkschaften	2680	64
Christliche Gewerkschaften	37	2
R.G.D.	660	6

Wie diese Angaben zeigen, haben sich die freien Gewerkschaften im allgemeinen gut behauptet. Wenn sie im Ruhrbergbau etwa 6 Prozent ihres bisherigen Einflusses eingebüßt haben, dann ist dieser Verlust auf verschiedene Gründe zurückzuführen. So bleibt z. B. die Vermutung, daß unter den hunderttausend Bergarbeitern, die seit dem Vorgehen im Ruhrbergbau entlassen wurden, mehr freigewerkschaftliche Mitglieder als Gelbe und Nazis waren. Leider gibt es darüber keine zahlenmäßigen Unterlagen. Ein wesentlicher Grund dürfte vor allem auch in der vielseitigen und fruchtlosen Heftkampagne zu sehen sein, die man gegen die freien Gewerkschaften zu sehen hat, wenn es gilt, gegen die freien Gewerkschaften zu kämpfen. Wenn trotz dieses gewaltigen Ansturmes von rechts und links im Ruhrgebiet es möglich war, noch 30 000 Stimmen aus den Reihen der Unorganisierten für die freien Gewerkschaften zu gewinnen, dann ist das in der Tat eine beachtenswerte und erfreuliche Vertrauensumgebung für die freien Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften haben, wie die Zahlen zeigen, einen Verlust von knapp 2 Prozent aufzuweisen, obwohl sie programmäßig antimarkistisch eingestellt sind, den Klassenkampfgedanken ablehnen und politisch dem Zentrum nahe stehen. Logischerweise hätte man unter dem Druck der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen politischen Radikalisierungsprozeß für die christlichen Gewerkschaften einen größeren Verlust als für die freien erwarten dürfen. Das ist jedoch nicht der Fall. Warum nicht? Ein bekanntes Sprichwort gibt uns darüber wohl zutreffenden Aufschluß: „Wenn zwei sich streiten, lacht der dritte.“ Nämlich: der wütende und gehässige Kampf, der von dem kommunistischen „Einheitsverband“ gegen die freien Gewerkschaften geführt wird, trägt hier seine Früchte. Das heißt, die Gewerkschaftspolitik der „Revolutionäre“ wirkt sich zum Vorteil der christlichen Gewerkschaften aus, genau so wie der letzte Reichstagswahlkampf die parlamentarische Machtposition der Arbeiterschaft nicht gestärkt, sondern geschwächt hat.

Die R.G.D. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) hat unter Führung der R.P.D. zwar einen „Sieg“ errungen, war aber nicht einmal imstande, den Verlust der freien Gewerkschaften wettzumachen. Diese Tatsache illustriert am besten den sinnlosen und arbeiterschädigenden Kampf, den diese Richtung gegen die freien Gewerkschaften führt. Aber auch diese Stärke hätte die R.G.D. nicht einmal erreicht, hätte sie den plumpen Wahlschwundel unterlassen. Ein „Kampfprogramm“ mit mehr als 40 Forderungen mußte nämlich dazu herhalten, um zu beweisen, wie „schlapp“ die Reformisten und wie radikal die Revolutionäre sind. Ueberall dort, wo auf Grund dieser Methoden die R.G.D. einen Sieg errungen hat, dürfen deshalb die Belegschaften mit großer Spannung den kommenden Tagen entgegen sehen. Denn nunmehr sind die wortradikalen Sieger verpflichtet, den Wechsel einzulösen, den sie den Bergarbeitern vor der Wahl (siehe Kampfprogramm!) ausgestellt haben. Tun sie das nicht — und sie werden es nicht tun können — dann werden sie im nächsten Jahre um so schärfer zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Lügen haben bekanntlich kurze Beine!

Eine große Blamage und Niederlage haben die Nazis bei den diesjährigen Betriebsratswahlen erlitten. Durch ihre politischen Zufallszüge anscheinend großwahnsinnig geworden, glaubten sie auch mit Leichtigkeit die Betriebe erobern zu können. Man erinnere sich nur an die Richtlinien der Parteileitung, wonach die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus ausgebaut werden sollten. Man erinnere sich ferner an die schwulstige Schreibweise und die pompösen „Sieg“-meldungen ihrer Presse! Und was ist aus der Großmannsjucht geworden? Sage und Schreibe 3,5 Prozent der gesamten Stimmen konnten sie gewinnen! In anderen Bezirken haben sie noch schlechter abgesehen. Weniger konnten sie wirklich nicht erhalten, da die Zahl der Lottensäger, Borarbeiter, Ueberwachungsklopper und anderer Günstlinge nicht klein ist. Die wirklichen Bergarbeiter haben sich gegenüber dieser Mittelstandspartei und politischen Abenteurern einen sehr gelunden und kritischen Sinn bewahrt.

Zu den „Agressiven Eroberern“ im Ruhrbergbau gehören endlich die Gelben oder „Wirtschaftsfriedlichen“, die ihren prozentualen Anteil von 2,9 auf 1,8 herabzusenken konnten. Aber nur scheinbar! Denn die Tätigkeit dieser Organisation (Der Deutsche Arbeiter) besteht nämlich vermutlich nur darin, den Mitgliedern Ueberweilungsarten vom Arbeitgeber auszuhändigen, also eine Art Arbeitsnachweis zu sein. Daß es in einer Zeit, in der wir 5 Millionen Arbeitslose haben, eine Anzahl gefinnungschwache Elemente gibt, die um ihrer Arbeitsstelle willen ihre Gefinnung verkaufen, ist nicht verwunderlich. Mit diesem Anhang werden die Gelben keine Staatsaktion machen noch eine verhindern können.

Im großen und ganzen haben die Betriebsratswahlen im Bergbau also keine grundlegende radikale Veränderungen gebracht. Soweit überhaupt Veränderungen eingetreten sind, stehen diese in gar keinem Verhältnis zu dem Ausmaß der Wirtschaftsnot und den anormalen Zuständen, unter denen wir gegenwärtig zu leiden haben. Kurzum, die Gewerkschaften haben ihre Belastungsprobe gut überstanden. Geläutert und gefestigt stehen sie da! Gestützt und verbunden mit dieser Macht werden die gewerkschaftlichen Betriebsräte auch in der neuen Amtszeit die Arbeiterinteressen pflichtbewußt vertreten und den Beweis liefern, daß sie die besten Treuhänder der Arbeiterschaft im Betriebe sind.

Breitestimmen zur Betriebsrätewahl.

Das Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau wird verschiedentlich gewürdigt. Insbesondere erfährt der Vormarsch der Gelben und Nazis eine verschiedenartige Beurteilung. So schreibt beispielsweise die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 3. April folgendes:

„Wenn auch die Stimmenzahl, welche die Nationalsozialisten mit 7983 erreichten, bei weitem nicht die Hoffnung erfüllt hat, die sie auf diese Wahl gesetzt haben, so stellen auch schon diese Ziffern eine weitere Zersplitterung und damit einen Rückgang der bisher dominierenden Gewerkschaften dar.“

Recht erfreulich ist der Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung (Wirtschaftsfriedliche), die es von 8835 Stimmen im Vorjahre, trotz des Rückganges der Belegschaften auf 10 520 Stimmen brachte. Das ist ein bedeutsamer Zuwachs. Wenn man die nationalsozialistischen Stimmen noch dazu rechnet, so wird man nicht umhin können, zu gestehen, daß die nationale Arbeiterbewegung stark auf dem Marsche ist.“

Die „Frankfurter Zeitung“ äußert sich wie folgt: „Die Wirtschaftsfriedlichen haben mit 10 560 Stimmen rund 20 Prozent Stimmen mehr als im Vorjahre erhalten. Die zum erstenmal auftretenden Nationalsozialisten haben rund 8000 Stimmen erhalten. Wenn auch diese Zahl hinter den Hoffnungen der Nationalsozialisten sehr erheblich zurückbleiben dürfte, so zeigt sich doch bei der Zusammenziehung von Wirtschaftsfriedlichen und Nationalsozialisten eine beachtenswerte Steigerung“

Ruhrbergarbeiter! Euch gehts an!

Dem ungerechtfertigten Lohnschiedspruch, der einen Lohnabbau vorsah, folgt die Kündigung des Rahmenarbeits. Die Zeichenbesitzer scheinen in der Rolle der Angreifer sich wohl zu fühlen. Sie glauben genügend Macht zu besitzen, weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse zu erreichen.

Zu Hilfe kommt ihnen hier leider die Zerrissenheit der Bergarbeiterschaft. Alle möglichen Elemente sind bestrebt, die Uneinigkeit innerhalb der Bergarbeiterschaft zu fördern. Als weitere Hilfe kommen hinzu die Söldlinge des Unternehmers, die sich in den gelben Organisationen und bei den Nationalsozialisten befinden.

Die Bergarbeiterschaft hat es in der Hand,

die Verschlechterungen, die die Unternehmer beabsichtigen, abzuwehren. Sie können sie abwehren, wenn sie eine geschlossene Macht bilden. Eine solche Macht bilden sie, wenn sie geschlossen organisiert sind.

Der Verband hat den Tarifvertrag geschaffen! Der Inhalt desselben zeigt sozialen Fortschritt. Dieser soziale Fortschritt wird bekämpft und zu gleicher Zeit bekämpft werden die Schöpfer des Tarifvertrages, die Organisationen! — Wenn die Organisationen heute nicht vorhanden wären, wären auch keine Tarifverträge in den einzelnen Betrieben mehr vorhanden und das sollte allen zu denken geben. Es kann deshalb für die Bergarbeiterschaft nicht gleichgültig sein, ob ein Tarifvertrag zustande kommt oder nicht. Es gilt deshalb, alles daranzusetzen, den Angriff auf den Tarifvertrag abzuwehren.

Nur eine Antwort gibt die Bergarbeiterschaft dem Unternehmertum und die ist: die heute noch Abseitsstehenden — mit Ausnahme der Söldlinge des Kapitals — aufzuklären, sie auf die Gefahren hinzuweisen und dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands zuzuführen!

Deshalb heraus zur Werbearbeit!

der rechtseingestellten Arbeitergruppen. Zwar steht diese Entwicklung in gewisser Parallele zu den politischen Parteien, doch ist auch zu vermuten, daß hier eine Auswirkung des Druckes bemerkbar wird, den viele Zeichenverwaltungen auf ihre Belegschaften ausüben. Denn der dauernde Belegschaftsabbau ergibt u. a. die Möglichkeit einer Auswahl der Belegschaft unter den verschiedensten Gesichtspunkten.“

Die den christlichen Gewerkschaften nahestehende Tageszeitung „Der Deutsche“ schreibt:

„Die Nationalsozialistische Partei hat sich mit größtem Eifer gerade auf diese, nach den letzten Reichstagswahlen stattgefundene Betriebsratswahl im Ruhrbergbau geworfen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie als radikal rechtsgerichtete „Arbeiterpartei“ auch unter der Bergarbeiterschaft an der Ruhr einen starken Anhang besitzt. Verkündete sie doch vor der Betriebsratswahl, daß sie bei der Wahl Brezche in den Bestand der am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiterverbände legen werde. Und nun das Ergebnis: ganze 7728 Stimmen bei einer abgegebenen Gesamtstimmenzahl von 220 314. Dieser blamable „Erfolg“, der in Wirklichkeit eine große Niederlage ist, beweist der Öffentlichkeit, daß der Nationalsozialismus in der Ruhrbergarbeiterschaft keine Beachtung findet, wohl aber bei dieser gewerkschaftlich eingestellten Wahl eine gründliche Abfuhr erhalten hat.“

Sehr bemerkenswert sind ferner die Auslassungen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ über den kommunistischen Vormarsch. Mit einer gewissen Schadenfreude und Genugtuung stellt das Unternehmerrorgan fest:

„Der Rückgang der Stimmen des alten Verbandes ist aus mehreren Ursachen zu erklären. Einmal hat auch er natürlich unter dem entsprechenden Rückgang der Belegschaftsziffer zu leiden, zum anderen aber hat ihm vor allem die revolutionäre Gewerkschafts-Organisation viele Stimmen weggenommen. Damit ist der bereits von kommunistischer Seite angekündigte und vor Jahren schon einmal begonnene Prozeß der inneren Ausschöpfung der Gewerkschaften und die Zersetzung durch Kommunisten in der Gewerkschaft selbst erneut in Gang gekommen.“

Ob Gewinn der R.G.D., der Nazis oder Gelben, in jedem Falle stellt demnach die „Bergwerks-Zeitung“ mit Genugtuung fest, daß die Gewerkschaften im Rückgang und in der Zersetzung begriffen sind. Hier ist der Wunsch wohl Vater des Gedankens, nichtsdestoweniger zeigen auch diese Beispiele, daß die wortradikalsten Schreier von rechts und links in erster Linie die Unternehmerrgeschäfte besorgen.

Die Brandenburger Knappschaft im Jahre 1930.

Die Rechnungsabschlüsse der beiden Krankenkassen der Brandenburger Knappschaft für das Jahr 1930 zeigen folgendes Ergebnis:

A. Arbeiter-Krankenkasse.	
Gesamteinnahme	4 387 297,97 M.
Gesamtausgabe	3 656 184,85 M.

Ueberschuß 731 113,12 M.
In diesem Ueberschuß sind 339 756,60 M. Erträge aus Kapitalanlagen enthalten.

Die Ausgaben verteilen sich im einzelnen folgendermaßen:

a) für Mitglieder:

Arzthonorare einschließlich Zahnbehandlung und Behandlung durch sonstige Heilpersonen	302 105,88 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	248 550,16 M.
Krankenhauspflege	615 932,64 M.
Kranken-, Haus- und Taschengeld	1 210 776,97 M.
Zusammen	2 377 365,65 M.

b) für Familienangehörige:

Arzthonorare einschließlich Zahnbehandlung usw.	449 889,60 M.
Arzneikosten usw.	71 881,16 M.
Krankenhauspflege	335 078,86 M.
Zusammen	856 849,62 M.

c) für Mitglieder und Angehörige:

Wochenhilfe	173 540,81 M.
Sterbegeld	37 601,11 M.
Verwaltungskosten	114 190,25 M.
Sonstige Ausgaben einschließlich Abschreibungen und Kursverluste	96 637,41 M.
Zusammen	421 969,58 M.
Insgesamt	3 656 184,85 M.

Die Verwaltungskosten betragen 2,6 Prozent der Einnahme.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl in der Arbeiter-Krankenkasse betrug im Jahre 1930: 30 175 gegen 31 278 im Jahre 1929.

In dem Gesundheitszustande der Versicherten ist im Berichtsjahre eine wesentliche Besserung eingetreten, und zwar ging die Zahl der abgeschlossenen Krankheitsfälle von 24 105 im Jahre 1929 auf 15 272 zurück, so daß auf einen Versicherten nur noch 0,50 Krankheitsfälle gegen 0,77 im Jahre 1929 entfielen. Auch die Zahl der Betriebsunfälle einschließlich Wiedererkrankungen an den Folgen früherer Unfälle ist im Jahre 1930 wesentlich zurückgegangen (1929: 4475, 1930: 3265). Dementsprechend verminderte sich auch die Zahl der entschädigten Krankentage von 526 565 im Jahre 1929 auf 404 188 im Jahre 1930, so daß auf einen Versicherten nur noch 13,4 Krankentage entfielen gegen 16,8 im Jahre 1929.

B. Angeestellten-Krankenkasse.	
Gesamteinnahme	344 710,15 M.
Gesamtausgabe	323 677,65 M.

Ueberschuß 21 032,50 M.

Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

a) für Mitglieder:

Arzthonorare einschließlich Zahnbehandlung und Behandlung durch sonstige Heilpersonen	37 425,82 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	33 932,79 M.
Krankenhauspflege einschließlich Hauspflege	58 936,78 M.
Krankengeld, Zuschuß zur Krankenpflege, Hausgeld und Taschengeld	38 194,86 M.
Zusammen	168 540,25 M.

b) für Angehörige:

Arzthonorare einschließlich Zahnbehandlung und Behandlung durch sonstige Heilpersonen	59 601,89 M.
Arzneikosten usw.	14 409,24 M.
Krankenhauspflege	51 852,91 M.
Zusammen	125 864,04 M.

c) für Mitglieder und Angehörige:

Wochenhilfe	5 999,95 M.
Sterbegeld	5 914,70 M.
Verwaltungskosten	10 766,95 M.
Abschreibungen	6 591,76 M.
Zusammen	29 273,36 M.
Insgesamt	323 677,65 M.

Die Verwaltungskosten betragen 3,1 Prozent der Einnahmen.

Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre auf 2617 im Durchschnitt. Wie bei der Arbeiterkrankenkasse, zeigt sich auch hier ein Abwärtens der Zahl der Krankheitsfälle, und zwar von 837 im Jahre 1929 auf 587 im Jahre 1930. Die Betriebsunfälle — einschließlich Wiedererkrankung an den Folgen früherer Unfälle — gingen von 101 auf 75 zurück. Die Zahl der Krankentage betrug im Jahre 1930: 18 624 gegen 20 204 im Jahre 1929, so daß auf einen Versicherten 7,1 Krankentage entfielen gegen 8,2 im Jahre 1929.

16. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit **vom 12. bis 18. April 1931**

Der Mensch und die Rationalisierung.

Ein Problem für unsere Betriebsräte.

P. Z. Sinn und Zweck der privatkapitalistischen Rationalisierung ist: Steigerung der Rentabilität. Das heißt also: Mit unverändertem oder gar mit weniger Kostenaufwand größere betriebliche Erzeugung erzielen. In erster Linie ist damit das Rationalisierungstreiben darauf gerichtet, Arbeitslohn zu sparen über den Weg der Belegschaftsverminderung. Das wird zu erreichen versucht: erstens durch straffe betriebliche Zusammenfassung und Organisation (Stilllegung und Zusammenlegung) und zweitens durch Einführung von arbeiterparenden Maschinen.

Soweit ist der Rationalisierungsprozeß leicht verständlich und für jeden offenkundig und beobachtbar. Und gerade in der deutschen Volkswirtschaft war dieser Rationalisierungsprozeß in den letzten Jahren besonders stark wirksam. Der Erfolg ist vorerst noch äußerst zweifelhaft. Wohl ist eine starke Steigerung der betrieblichen Erzeugungsmöglichkeit erzielt worden. Im Effekt aber ist dieselbe nutzlos, da sie nicht ausgenutzt werden kann. Und weshalb nicht?

Weil die Rationalisierung, die nur auf Ersparnis von Arbeitern (Abbau von Arbeitern) gerichtet war, sich damit gleichzeitig den Markt abbaute. Die Arbeiter, die aus dem Produktionsprozeß hinausgedrängt wurden, büßten ja ihre Kaufkraft ein um das Maß, das zwischen Unterstützung und Arbeiterlohn liegt. So standen wir vor der Tatsache, daß erstens durch die Rationalisierung mehr Waren hergestellt werden konnten und wurden, aber zweitens auf der anderen Seite weniger Waren als früher gekauft werden konnten. So mußte die Krise unvermeidlich werden.

Man weiß jeder sozialistisch geschulte Arbeiter, daß dieser Rationalisierungsprozeß eine zwangsläufige Erscheinung im Privatkapitalismus ist. Sich dagegen wenden zu wollen ist gleichbedeutend mit Maschinenstürmerei. Man kann höchstens kämpfen um eine vernünftige Auswertung der Rationalisierung. Hierbei gehört in erster Linie: Erhaltung der Gesamtkaufkraft! In der Praxis heißt das: Kampf um Erhöhung der Löhne, oder um Verbilligung der Preise in dem Ausmaße, in dem durch Arbeiterersparnis Lohnkosten eingespart wurden.

Aber der Kampf in dieser Richtung, wie er von den Gewerkschaften ständig geführt wird, bringt nicht immer den notwendigen Erfolg. Das läßt dann auch in nicht sozialistischen Kreisen die volkswirtschaftliche und sozialwirtschaftliche Fragwürdigkeit der privatkapitalistischen Rationalisierung diskussionswürdig erscheinen. Und so hat sich auch

das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

dieses Problems bemächtigt und den ganzen Rationalisierungskomplex zum Gegenstand seiner Forschungen gemacht. Hierbei wurde nicht nur die rein technische (Maschinisierung) und organisatorische (Stilllegung und Zusammenlegung) Seite untersucht, sondern vor allem auch der Faktor Mensch.

Schließlich ist es ja immer der Mensch, der all dem an sich toten Mechanismus des Betriebes erst Leben und Bewegung einhauchen kann. Er bildet also ein äußerst gewichtiges Moment im Wirtschaftsmechanismus. Und da der Mensch ein lebendiges, geistiges, individuell selbständiges Wesen ist mit persönlicher Eigenart, eigenem Denken, Fühlen, Wollen, mit eigener Charakterbildung, eigener Auffassung, ist es klar, daß von der Uebereinstimmung all dieser rein persönlichen Sonderheiten mit der betrieblichen Eigenart ungeheuer viel abhängt für den Erfolg in der betrieblichen Erzeugung.

Gehen wir nun von der Tatsache aus, daß also — rein betriebsmechanisch gesehen — der technisch und organisatorisch auf die höchste Entwicklungsstufe gebrachte Betriebsapparat

das Objekt, der lebendige Mensch im Betriebe aber das handelnde und bewegende Subjekt ist, dann ist weiter klar, daß die betriebliche Erzeugung in ihrer qualitativen (wertmäßigen) und quantitativen (mengenmäßigen) Hochwertigkeit fast ganz abhängig ist von der Leistungsbereitschaft der Beschäftigten im Betrieb.

Ein Betrieb mag noch so modern und technisch auf der Höhe sein, wenn die Leistungsbereitschaft seiner Beschäftigten gering ist, bleibt er ein alter Klapperkasten. Umgekehrt kann eine gesteigerte Leistungsbereitschaft in jedem Betriebe Wunder bewirken. Deshalb muß gerade für unsere Rationalisierungswütige Zeit der lebendige Mensch im Wirtschaftsmechanismus wieder mehr in den Mittelpunkt des Interesses rücken.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW.) hat nun zu erforschen versucht, welche Faktoren die Leistungsbereitschaft des arbeitenden Menschen beeinflussen können und damit, wovon die Leistungsbereitschaft graduell abhängig ist. Das RKW. bringt diese Faktoren in graphischer Darstellung, wie wir sie unten stehend wiedergeben.

Diese Darstellung ist auch deshalb interessant, weil sie neben dem rein betriebswirtschaftlichen auch das ganze sozialwirtschaftliche Gebiet umreißt und in seiner ganzen Problematik übersichtlich erscheinen läßt. Das dürfte besonders bei unseren Betriebsräten Beachtung verdienen. Hier finden sie

sehr wertvolle Winke

für eine nützliche beobachtende, vermittelnde und regulierende Tätigkeit sowohl im Interesse ihrer Kameraden als auch des Betriebes.

Das RKW. sieht die Leistungsbereitschaft, nach dieser graphischen Darstellung zu urteilen, bedingt erstens durch die Leistungsgewohnheit, zweitens die Leistungsfähigkeit und drittens den Leistungswillen. Ueber den Begriff Leistungsgewohnheit ist nichts besonderes zu sagen, da jedermann klar ist, was darunter zu verstehen ist. Anders ist es mit der Leistungsfähigkeit, also dem rein körperlichen und dem Leistungswillen, also dem sogenannten seelischen Zustande. Beide Faktoren sind qualitativ von sehr viel Umständen abhängig.

Zuerst die Leistungsfähigkeit! Hier spielen die rein äußeren Arbeitsbedingungen eine große Rolle. So z. B. das Wetter, wenn die Arbeit im Freien verrichtet wird; ob Schutz besteht gegen Regen, Wind, Schnee. Bei Arbeiten im Raum, ob gute Ventilation besteht, ob der Arbeiter an seinem Plage im Raum beengt ist, ob er zu unnatürlicher Körperhaltung gezwungen ist usw.

Zweitens wird die Leistungsfähigkeit bestimmt durch den gesunden heitlichen Zustand des Arbeiters. Dieser wiederum ist abhängig von seiner Ernährung und seinen Wohnverhältnissen, beides aber am Ende von seiner finanziellen Lage, also von seinen Lohnverhältnissen. Lohn- und Wohnpolitik wird damit auch für das Unternehmen zu einer sehr wichtigen Frage der Wirtschaftspolitik.

Drittens kommt es darauf an, inwieweit der Arbeiter seine Arbeitskraft, also seine Arbeits- und Leistungsfähigkeit, schon außerhalb des Betriebes aufwenden oder gar aufzuwenden gezwungen ist; oder aber inwieweit es ihm ermöglicht ist, für seine eigentliche Betriebsarbeit immer wieder frische Kräfte zu sammeln. Das rührt an das Problem der Freizeit und ihrer Ausnutzung, Nebenbeschäftigung usw. Eine große Rolle spielt hier aber auch der Arbeitsweg, das heißt, ob der Arbeiter nahe beim Arbeitspunkt wohnt oder stundenweit zu laufen hat. Dann auch, wie zum Beispiel im Bergbau, welche Wegstrecken auf dem Anmarsch zur Arbeit innerhalb des Betriebsbereichs zurückzulegen sind. Besonders wichtig ist auch die Beschaffenheit dieser Wege.

Wertens spielt eine große Rolle, ob die Arbeit als Berufsarbeit gelten darf oder nur als Gelegenheitsarbeit. Dabei wiegt sehr schwer, wie lange die eigentliche Arbeitszeit dauert, ob sie in die Vormittags-, Nachmittags- oder Nachtzeit fällt. Weiterhin, ob die Pausen zweckdienlich für den Arbeiter eingelegt sind oder bloßfratürlich und so schließlich dem Arbeiter selbst keine Entlastung und Erholung bedeuten können.

Fünftens ist die persönliche Qualifikation des Arbeiters noch stark bestimmend für seine Leistungsfähigkeit. Gute Auffassungsgabe, Anpassungsfähigkeit und damit leichte und gründliche Einschulung, also guter Einübungszustand.

Das alles also ist bestimmend für den körperlichen Zustand, also die physische Leistungsfähigkeit.

Anderes ist es mit dem Leistungswillen. Hier kommt es darauf an, was den Stimmungszustand des Arbeiters bestimmt. So kann der Lohntag an sich schon stark wirksam werden. Die Höhe des ausbezahlten Lohnbetrages spielt dabei eine große Rolle, wobei Vorteil oder Nachteil abhängig ist davon, ob der Lohn dem notwendigen Lebensvoll angepaßt ist, oder ob ein Mißverhältnis zwischen tatsächlichem Lohn und notwendigem Lebensbedarf bleibt. Zum Teil wird sich der Arbeiter auch am Lohnstage leichter in Gesellschaft zusammenfinden, was auch auf seine Stimmung wirkt, ohne daß er übermäßig Alkohol zu genießen braucht.

Zweitens wirkt stark auf den Arbeiter eine Aenderung seiner Arbeitsbedingungen (über Aenderung der Arbeitsordnung, Pausenverziehung, Aenderung oder Beseitigung sozialer Einrichtungen im Betriebe). Besonders stark aber auch Aenderung der Lohnbedingungen (Abbau oder Erhöhung, Alfordänderung, Wegfall von Zuschlägen). Gerade diese Faktoren können von sehr weittragender Bedeutung sein für den Leistungswillen und damit das Arbeitsergebnis.

Drittens wirken politische, wirtschaftliche und soziale Streitigkeiten stark auf das Gemütsleben des Arbeiters.

Eine große Rolle spielt auch

die allgemeine Einstellung des Arbeiters

zum Betrieb und wie er sich selbst im Betriebe, als Teil desselben, fühlt. Hier steht im Vordergrund das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeiter, die sozialen Einrichtungen (die ja eigens da sind, um den Arbeiter in seiner Eigenschaft als Mensch und als Teil eines Kultur- und Zivilisationskreises zu erfassen). Ebenso wichtig ist die Einstellung des Unternehmers zur sozialen Bestimmung des Arbeiters (gewerkschaftliche Einstellung). Kurz: es kommt darauf an, welchen Grad der Selbständigkeit der Betrieb dem Arbeiter auch innerhalb des Betriebsraumes beläßt!

Das alles hat große Einwirkung auf den Leistungswillen. Und dieses zusammen mit der Leistungsfähigkeit und der Leistungsgewohnheit bedingen die Leistungsbereitschaft.

Daneben bestehen dann noch die rein sächlichen und äußeren Faktoren, die mehr eine Frage der rein technischen und kaufmännischen Betriebswirtschaft sind, aber ebenfalls die betriebliche Erzeugung direkt, sowie auch die Leistungsbereitschaft des Arbeiters indirekt bestimmen.

Jedenfalls aber wird bei wenigem Nachdenken jedem klar, welche gewaltige Beobachtungs- und Gestaltungsgebiete hier umrissen ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei richtiger Behandlung und bei bestem harmonischen Ausgleich all der genannten Faktoren ungemein Erprobliches für einen Betrieb erziehen könnte. Hier ist das eigentliche Rationalisierungsgebiet erschlossen, auf das sich insbesondere die Betriebsräte zu verlegen haben. Auf alle Fälle aber finden sie hier Winke für eine fruchtbringende Tätigkeit, die von der Arbeiterschaft als wertvoll anerkannt werden müßte und von den Unternehmern nicht bekämpft werden könnte.

Kurzarbeit für Schwerbeschädigte.

Das Reichsarbeitsgericht hat in letzter Zeit zur Frage der Beteiligung Schwerbeschädigter an Kurzarbeit grundlegende Entscheidungen gefällt. Wegen ihrer Wichtigkeit für die von der Kurzarbeit betroffenen Personenzirkel bringt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und Kriegerehrenterbliebenen nachstehend zwei der bedeutungsvollsten Entscheidungen zur Kenntnis.

Urteil des Reichsarbeitsgerichts 243/30 vom 1. November 1930.

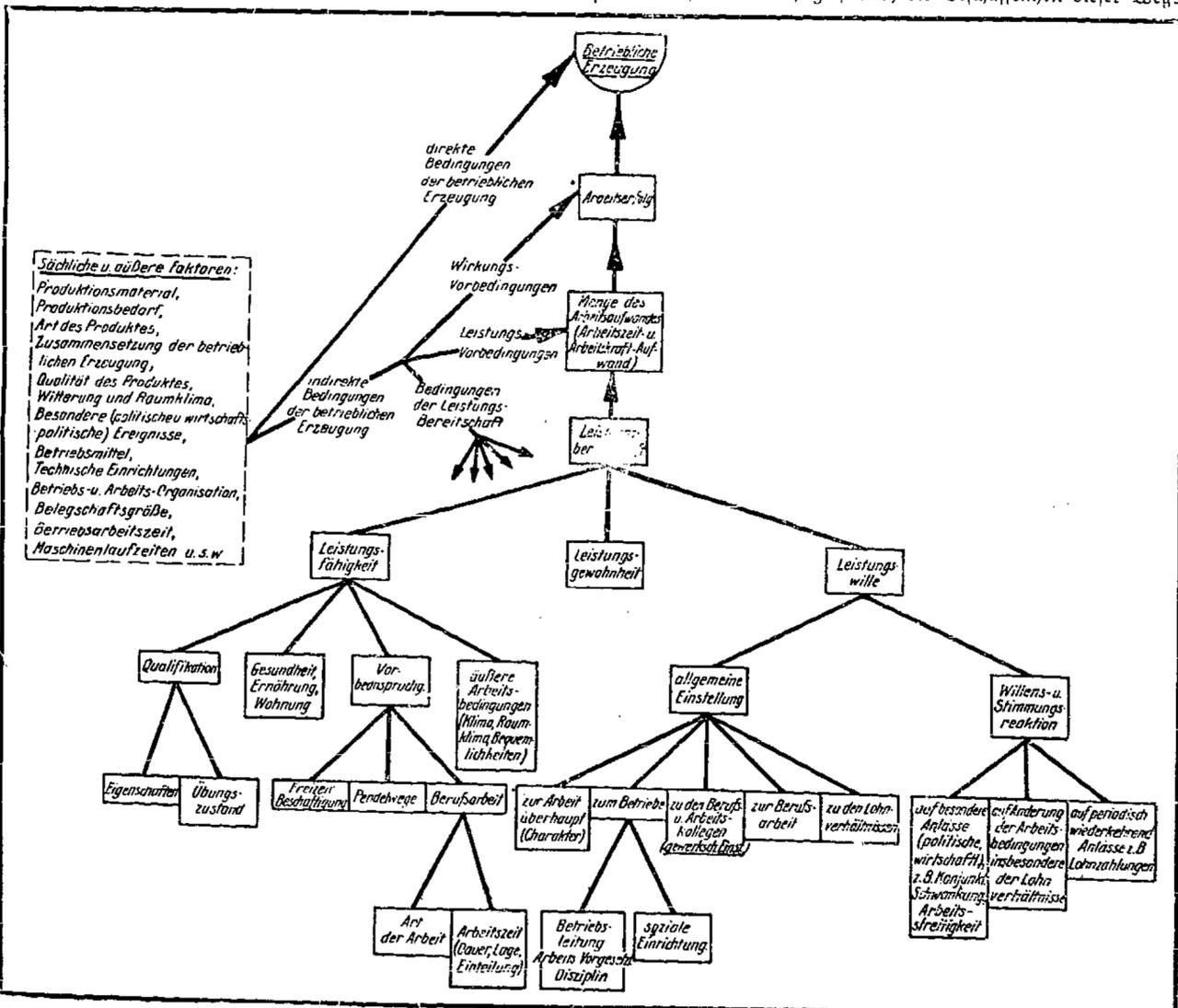
1. Im allgemeinen bedeutet die Einführung von Kurzarbeit, soweit sie mit Lohn- und Gehaltskürzungen verbunden sein soll, eine Aenderung der Arbeitsbedingungen zuungunsten der Arbeitnehmer. Diese Aenderung ist daher nur zulässig, wenn entweder der betroffene Schwerbeschädigte der Aenderung ausdrücklich oder stillschweigend zustimmt, oder wenn der Arbeitgeber zuvor die bisherigen Arbeitsbedingungen ordnungsmäßig befristet aufgekündigt hat. Zu dieser Aufkündigung des Dienstvertrages zum Zwecke der Aenderung desselben bedarf der Arbeitgeber beim Fehlen eines wichtigen, die fristlose Entlassung rechtfertigenden Kündigungsgrundes ebenso wie zu jeder anderen befristeten Kündigung der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle, die in der Regel nur unter der Bedingung der Einhaltung einer mindestens vierwöchigen Kündigungsfrist erteilt werden darf.

2. Ermächtigt jedoch der einschlägige Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung bzw. Arbeitsordnung den Arbeitgeber zur einseitigen fristlosen oder befristeten Einführung von Kurzarbeit und zur entsprechenden Lohn- und Gehaltskürzung, so ist zur Beteiligung der unter den betreffenden Tarifvertrag bzw. der Betriebsvereinbarung oder Arbeitsordnung fallenden Schwerbeschädigten keine besondere Aufkündigung des Dienstverhältnisses und damit auch keine Zustimmung der Hauptfürsorgestelle erforderlich.

Urteil des Reichsarbeitsgerichts 361/30 vom 22. Februar 1931.

1. Auch wenn dem Arbeitgeber weder im Einzeldienstvertrage noch im Tarifvertrage das Recht eingeräumt ist, Kurzarbeit einseitig einzuführen, bedarf der Arbeitgeber zur Beteiligung Schwerbeschädigter an Kurzarbeit nicht der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle und der vorherigen Aufkündigung des Dienstvertrages der beteiligten Schwerbeschädigten, wenn die Einführung der Kurzarbeit durch Betriebsvereinbarung festgelegt ist.

2. Auch bei Einführung von Kurzarbeit auf Grund einer Betriebsvereinbarung darf aber der Arbeitgeber Schwerbeschädigte ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle an der Kurzarbeit erst beteiligen, wenn die Kurzarbeit geschlossen für den ganzen Betrieb oder die betreffende selbständige Betriebsabteilung eingeführt wird.



Die Kohlenlage 1930.

Dem Geschäftsbericht des Reichskohlenrats entnehmen wir das Folgende:

Die Kohlenproduktion Deutschlands,

Rohbraunkohle auf Steinkohle umgerechnet, betrug 1930 etwa 175 Mill. To. gegen 202 Mill. To. 1929. Auf Halbe lagen am Jahresende 4,75 Mill. To. Steinkohle, 5,5 Mill. To. Koks, 120 000 To. Steinkohlenbriketts und 2,5 Mill. To. Braunkohlenbriketts. Der Wert dieser Halbenbestände ist mit 200 Mill. M. anzusehen. Fehlerschichten waren 1930 9,75 Mill. zu verzeichnen gegen 877 000 in 1929. Die Belegschaft in der Steinkohle ging von 529 000 in 1929 auf 413 000 zurück, also um 22 Prozent. In der Braunkohle sank die Belegschaft von 91 000 auf 74 000 = 18 Prozent.

Die Steinkohlenförderung

betrug 1930: 142,7 Mill. To., also 20,75 Mill. To. oder 12,7 Prozent weniger als 1929. Steinkohlenfoks wurde produziert 32,5 Mill. To., also 6 Mill. To. oder 16 Prozent weniger als 1929. Die Erzeugung von Steinkohlenbriketts betrug 800 000 To. oder 15 Prozent weniger.

Die Lage in den Revieren

war etwas unterschiedlich. Die Aachener Steinkohle verzeichnete eine Produktion von 6,5 Mill. To., 11 Prozent mehr als 1929 und 106 Prozent mehr als 1913. Durch Wohnungserstellung war es möglich, die Belegschaft noch etwas zu steigern. Niederachsen konnte infolge des Ausbaues des Jbbensbüren er Werks seine Erzeugung fast auf der Höhe des Vorjahres halten. In allen anderen Revieren sah es trübe aus.

West-Oberschlesien hatte einen Förderrückgang von 4 Mill. To. = 18,3 Prozent. Die Belegschaft sank um 14 500 = 24 Prozent. Günstig entwickelt hat sich für den Bezirk die seit dem 1. Juli 1930 gewährte Frachtermäßigung für deutsche Ausfuhrkohle bei Beförderung nach den Seehäfen und zu der deutsch-dänischen Grenze. Trotz des scharfen Wettbewerbes auf den nordischen Kohlenmärkten ist der Versand von westerschlesischen Kohlen und Koks nach Dänemark im zweiten Halbjahr 1930 auf das reichlich Effache desjenigen in dem gleichen Zeitraum 1929 gestiegen, und auch nach Schweden und Norwegen, wohin vorher kaum Mengen gegangen waren, hat sich seit August 1930 ein immerhin bemerkenswerter Absatz entwickelt. Auch aus der im Herbst v. J. mit dem polnischen Kohlenbergbau zunächst mit Wirkung bis Ende März 1933 getroffenen Verständigung über die Belieferung Oesterreichs und Ungarns erhofft das Revier eine Verbesserung seines Verbandes. Das auf rein kaufmännischer Grundlage aufgebaute Abkommen sieht eine periodisch nach den Marktaussichten zu bemessende Ausfuhrmenge in Kohlen — nur auf diese Brennstoffart bezieht es sich — vor, gewährt den verschiedenen beteiligten Revieren bestimmte Lieferkontingente, trifft zur Preishaltung geeignete Bestimmungen und sichert die Innehaltung der Abreden durch Strafandrohungen. Bei Inkrafttreten des im deutsch-polnischen Handelsvertrage vorgesehenen polnischen Einfuhrkontingentes soll eine gewisse Erhöhung des für West-Oberschlesien bestimmten Anteiles an der Einfuhr nach Oesterreich und Ungarn eintreten. Dieser erste Versuch einer internationalen, kommerziellen Kohlenverfändigung ist, wenn er auch unzulänglich unter denkbar günstigen Begleitumständen und für verhältnismäßig leicht übersehbare Verhältnisse zustande gekommen ist, immerhin bemerkenswert, und es werden die bei seiner Ausföhrung sich ergebenden Erfahrungen mit besonderem Interesse zu verfolgen sein.

Große Sorge macht dem Revier der polnische Handelsvertrag, dem kürzlich in Polen Sejm und Senat zugestimmt haben. Das Polen in dem Vertrage zugestandene Einfuhrkontingent von bekanntlich monatlich 320 000 To. Kohle, das sogar entsprechend der in das polnische Zollgebiet jeweils versandten deutschen Brennstoffmenge noch wachsen soll und schon in seiner normalen Höhe mehr als die Hälfte der in den letzten Jahren von Deutschland im Monatsdurchschnitt überhaupt bezogenen fremden Steinkohle (Koks in Steinkohle umgerechnet) ausmacht, muß in der Tat unter den äußerst verschärften deutschen Absatzverhältnissen, deren Besserung vor der Hand nicht abzusehen ist, als nicht mehr mit der Lage der heimischen Kohlenwirtschaft und insbesondere ihrer Arbeiterschaft verträglich angesehen werden. Es ist daher nur sehr zu verstehen, daß neuerlich die deutsche Stein- und Braunkohle in eindringlichster Weise bei der Regierung dahin vorstellig geworden sind, die Ratifizierung mindestens von einer vorgängigen starken Einschränkung des polnischen Kohleneinfuhrkontingentes abhängig zu machen.

Niedererschlesien hatte nur einen Förderrückgang von 5,7 Prozent, seine Hoffnungen auf besseres technisches und wirtschaftliches Zusammenarbeiten sind durch die Schwierigkeiten des Pleßfongers zurückgefallen. Eine weitere Sorge ist das Schicksal der Wenzeslausgrube.

Die sächsische Steinkohle zeigt das Bild einer ausgeprochenen Notlage. Die Förderung war 3,5 Mill. To. weniger als im Vorjahre, das sind 14,8 Proz. weniger als 1929 und fast 35 Prozent weniger als 1913. Die Halbenbestände betragen fast eine Zweimonatsförderung. Weitere Fördereinschränkung, Zusammenarbeiten in der Gasfernversorgung sind geplant; dabei rechnet man auf öffentliche Mittel.

Mit besonderer Buch hat die krisenhafte Entwicklung mit ihren für die Belegschaften wie für die Unternehmungen gleich empfindlichen Folgen das

Ruhrrevier

gezeigt. Hier liegt der Bericht: Sein Förderrückgang im verfloßenen Jahre beträgt rund 16,5 Mill. To. Kohle, das sind 13,3 Prozent der Förderung von 1929; mit einer Jahresförderung von etwas über 107 Mill. To. ist das Revier nahezu auf den Stand des unbefriedigenden Jahres 1925 zurückgedrängt worden und verzeichnet die Förderung des letzten Vorkriegsjahres 1913 um rund 7 Mill. To. das ist um reichlich 6 Prozent. Verhältnismäßig noch härter gegen 1929 ist seine Kokszerzeugung gefallen; mit einem Rückgang auf rund 27,8 Mill. To., das ist um rund 6 Mill. To. oder um beinahe 18 Prozent unter der Gewinnung von 1929 und um rund 1 Prozent unter der von 1913. Die arbeitslägliche Kohlenförderung, die 1929 einen Jahresdurchschnitt von 497 200 To. erreicht hatte, hielt sich in den ersten 3 Monaten des Berichtsjahres noch auf einer leidlichen Höhe, im dann aber bis zum Juli auf einen Tiefstand von 320 000 To. zu fallen und sich nur erst wieder in den letzten Monaten etwas, im Dezember 1930 auf 347 200 Tonnen zu erheben. Der arbeitslägliche Jahresdurchschnitt 1930 hat nur 354 200 To. erreicht. Auch in den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich der Stand wiederum noch verschlechtert. Trotz dieser Gewinnungseinschränkung lagerten Ende 1930 unverkauft auf den Halben der Rechen Mengen von reichlich 3,5 Mill. To. Kohle und Briketts sowie nahezu 4,75 Mill. To. Koks, Bestände, die bis Ende Februar d. J. noch um etwa 200 000

To. weiter angeschwollen sind, während das Vorjahr mit noch einigermaßen normalen Vorräten von rund 1,33 Mill. To. Kohlen und Briketts sowie 1,1 Mill. To. Koks geschlossen hatte. Bei der aus allen diesen Zahlen sich ergebenden zwingenden Notwendigkeit der Fördereinschränkung mußte im Laufe des Jahres, nachdem auch das Mittel der Arbeitsreduktion durch Einlegung von, wie oben bereits erwähnt, bis zur äußersten Grenze vermehrten Fehlerschichten erschöpft war, mehr und mehr zu einem Abbau der Belegschaften geschritten werden. Ihre Zahl hat sich von rund 361 000 Mann (angelegte bergmännische Belegschaft) Ende 1929 bis zum Ende Januar 1931 auf rund 271 000 Köpfe, also um rund 90 000 Mann vermindert, und leider gewinnt es angesichts der sich immer noch verschlechternden Abfahllage den Anschein, als ob das Ende des Abbaues noch nicht erreicht sei. Ende Dezember 1930 befanden sich rund 66 000 arbeitslose Bergleute im Revier, darunter etwa 30 000 Kohlenhauer, außerordentlich hohe Zahlen, die nur allzusehr die den ganzen Bezirk beherrschende gedrückte Stimmung erklärlich machen. Der Belegschaftsabbau hat sich meist in der Form der Belegschaftsverdünnung vollzogen, doch haben sich auch einzelne Fälle der Schließung einer ganzen Schachtanlage nicht vermeiden lassen, einige weitere scheinen bevorzustehen. So sehr empfindlich eine solche Maßregel auch die Beteiligten, besonders auch die Betriebsgemeinden, treffen mag, so darf dabei doch nicht übersehen werden, daß vom Kohlen- und damit volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet eine solche Maßregel das Rationalvermögen mehr zu schonen geeignet ist als die anderweitige, sogenannte negative Rationalisierung, bei der mit der verminderten Belegschaft in Wahrung des Selbstkosteninteresses erfahrungsgemäß dann nur die edelsten und nach allen Gesichtspunkten bauwürdigen Flöze und Flözesteile gewonnen werden, während die übrige anstehende Kohle der Regel nach verlorengehen muß. Die auf diese Weise dem Ruhrrevier bereits entstandenen Verluste, die sich begreiflicherweise freilich nur sehr schwer schätzen lassen, sind gelegentlich der letzten technischen Tagung des Ruhrbergbaues von einem der Vortragenden auf Grund möglichst eingehender Erhebungen in Höhe von mehr als 25 Prozent der im Zeitraum 1914 bis 1930 in dem Bezirk geförderten Kohlenmengen beziffert worden. Nach seiner Berechnung bedeutet dies die Ausschöpfung der Kohlenvorräte für wenigstens sechs normale Doppelschachtanlagen des Reviers.

Warst du dabei? Wo? Bei der Agitation! Hast auch du schon ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann verloh es noch heute!

Es handelt sich dabei also um recht beträchtliche, im wesentlichen endgültige Verluste des Volkvermögens. Die Stilllegung einer ganzen Schachtanlage hält dagegen immerhin die grundsätzliche Möglichkeit für später offen, bei Wiederkehr einer günstigeren Konjunktur die noch anstehenden Bodenschätze dann regulär mit wirtschaftlichem Erfolg auszubeuten, und bietet so, mögen die augenblicklichen Nachteile auch recht empfindlich sein, die Möglichkeit der Vermeidung unwiderruflicher Schäden. Der Förderanteil je Schicht und Kopf der Ruhrgesamtgrubenbelegschaft wie auch der Arbeiterschaft unter Tage ist auch im verfloßenen Jahre weiter gestiegen: mit 1325 Kilogramm für die erstere Kategorie und 1678 Kilogramm für die zweite im Durchschnitt des ganzen Jahres 1930 zeigt er gegenüber dem entsprechenden Durchschnittsanteil des Jahres 1913 ein Anwachsen um etwa 43 bis 44,5 Prozent, während die entsprechende Steigerung in 1929 erst rund 34 Prozent betragen hatte.

Der Steinkohlenabsatz

erreichte an der Ruhr nur 66 Mill. To. gegen 81 Mill. To. in 1929. Er war damit nur 18,5 Prozent niedriger als 1929 und um 10 Prozent niedriger als 1928. Der Versand in das sogenannte unbefrittene Gebiet ist dabei im verfloßenen Jahre um rund 20 Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen, während derjenige in das befristete Gebiet nur um 16 Prozent geringer blieb. Besonders stark fällt der Rückgang des Koksabfahes auf die Verkaufsbeteiligung um rund 32 Prozent auf. In ähnlichem Umfang, nämlich um rund 26 Prozent, ist der Absatz auf die Verbrauchsbeteiligung der Syndikatsmitglieder abgefallen, worin die starke Beschäftigungseinschränkung der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie bezeichnend zum Ausdruck kommt. Nur unwesentlich in Einzelheiten abweichende Ergebnisse zeigen die Erfahrungen der übrigen Steinkohlensyndikate, die ebenso wie das Gaskohlsyndikat namentlich auch mangelnde Koksabnahme zu spüren gehabt haben.

Der Gesamtkohlenverbrauch Deutschlands

war 1930 um 19,8 Prozent geringer als 1929 und fast 9 Prozent weniger als 1913. Der Rückgang betraf ziemlich gleichmäßig Stein- und Braunkohle. Während in 1929 die Belieferung der Industrie in Steinkohle und Koks gegenüber 1928 nur ein kleines Mehr um 4 Prozent, die Verwendung für Zwecke des Hausbrandes dagegen eine auffallende Steigerung um 20,3 Prozent zeigte, ist in 1930 der Verbrauch für letztere Zwecke gegenüber dem Vorjahre 1929 um 26,4 Prozent, dagegen derjenige der Industrie weniger, nämlich um 23,1 Prozent, zurückgegangen. Noch bezeichnender sind die entsprechenden Zahlen für die Braunkohle (Rohkohle und Briketts). Hier zeigte schon 1929 gegenüber 1928 in der industriellen Verwendung einen Verbrauchsabfall um 6,5 Prozent, während die Hausbrandentnahme um 9,1 Prozent gestiegen war; im Jahre 1930 ist dagegen die industrielle Belieferung um 19,3 Prozent gegenüber 1929 und der Hausbrandverbrauch gar um 25,4 Prozent gefallen. Aus allen diesen Beobachtungen geht, da der Kohlenverbrauch noch immer als einer der besten Gradmesser für den Stand der wirtschaftlichen Lage eines Kulturlandes zu betrachten ist, klar hervor, in welchem Umfang nicht nur die deutsche Industrie, das gewerbliche Leben und die Landwirtschaft darniederliegen, sondern wie sehr auch gerade die wirtschaftliche Bedrängnis die Bevölkerung selbst zu der äußersten Beschränkung im Brennstoffverbrauch nötigt.

Neben den drückenden Absatzschwierigkeiten hat zu der fühlbaren Verschlechterung der Lage des deutschen Steinkohlenberg-

baues auch die sinkende Tendenz seiner Erlöse das ihrige beigetragen. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen abfahhngrigen heimischen Revieren, besonders aber auch mit den unvermindert stark andrängenden fremden Kohlen, namentlich Englands, Hollands und Polens, hat den Absatz in die sogenannten unbefrittenen Gebiete fortgesetzt abgeschwächt und den Preisdruck in den befristeten Gebieten empfindlich verflärt. Der für den Weltmarkt maßgebende englische Durchschnittspreis je Tonne ist in ständiger Abwärtsbewegung mit nur geringen Schwankungen von Januar 1930 bis dahin 1931 von 17 sh 2 d auf 15 sh 8 d, also um 1 sh 6 d, gesunken, ebenso haben sich die Seefrachten erheblich, zum Teil sogar unter Vorkriegshöhe, ermäßigt, zwei Faktoren, die natürlich stark auf die Preise und Erlöse der heimischen Steinkohlen wirken mußten. Unter dem Einfluß dieser ganzen Entwicklung ist denn auch im Ruhrgebiet die den Erlös beeinträchtigende Syndikatsumlage, deren Höhe für die Scharfe des Wettbewerbes charakteristisch ist, im Laufe des Berichtsjahres für die auf Verkaufsbeteiligung abgesetzten Mengen bis zum November v. J. auf den bisher noch nicht gekannten Betrag von 2,94 M. je Tonne angestiegen, um sich allerdings für die folgenden Monate unter dem Einfluß der ab 1. Dezember v. J. eingetretenen Ermäßigung der Reichsanzeigerpreise wieder etwas, um 80 bis 70 Pf., zu ermäßigen. Allerdings wirkte bei dieser Steigerung in gewissem Grade auch die in der neuen Ruhrsyndikatsfassung vorgesehene Neuregelung mit, inhafts deren bei der Umlageverteilung die Selbstverbrauchs-beteiligung der Mitglieder weniger belastet wird als die Verkaufsbeteiligung, ein Streitpunkt, der bekanntlich immer noch nicht endgültig unter den Beteiligten ausgetragen ist.

Zu diesen erlösmindernden Momenten tritt dann noch das Brachliegen der in den unverkauften Mengen stekenden großen Werte und der fühlbare Rückgang der Einkünfte aus der Nebenproduktengewinnung, besonders auf dem Stäbstock- und Benzolmarkt, sowie schließlich aber nicht zuletzt von der Selbstkostenseite her die durch die eben angeführten Zahlen bezeugte starke Einschränkung des Beschäftigungsgrades.

Die Braunkohlenförderung

betrug 1930 etwa 145,9 Mill. To., also 28,5 Mill. To. oder 19,4 Prozent weniger als 1929. Die Brikett Herstellung betrug 34 Mill. To., also 8 Mill. To. oder 19,6 Prozent weniger als 1929.

Mitteldeutschland hatte eine Minderförderung von fast 20 Prozent, eine Minderherstellung von Briketts von 24,2 Prozent. Ostelbien hatte einen etwas geringeren Rückgang, im rheinischen Braunkohlenbergbau betrug der Rückgang 12,1 Prozent Minderförderung und 12,5 Prozent Minderbrikett Herstellung.

Die deutsche Kohlenausfuhr

(einschließlich Reparationen), alles in Steinkohle umgerechnet, beziffert sich in 1930 nach Angabe des Statistischen Reichsamtes auf reichlich 37 Mill. To. im Gesamtwert von rund 762,3 Mill. M. gegen rund 43 Mill. To. im Gesamtwert von beinahe 860,25 Mill. M. im Jahre 1929. Die Zahlen für 1930 liegen in der Menge etwas unter, im Wert etwas über denjenigen für 1928. Stark gefallen ist im Berichtsjahr der deutsche Auslandsversand von Koks; es hängt dies mit der steigenden Kokszerzeugung Frankreichs und Hollands zusammen sowie mit der Minderabnahme von Luxemburg, Italien, Schweden und der Schweiz. Eine besonders fühlbare Einbuße hat der deutsche Absatz von Steinkohle auf Reparationskonto nach Italien erlitten: er ist von rund 4,8 Mill. To. in 1929 auf rund 2,7 Mill. To. in 1930 zurückgegangen, und der Ausfall hat sich auch nur etwa in Höhe von reichlich 0,5 Mill. To. durch freie Lieferungen ersetzen lassen. In diesem Verlust spiegelt sich die Wirkung der von Großbritannien unter starkem politischen Druck im Haag seinerzeit durchgesetzten Forderungen wieder, von denen die wichtigste die ist, daß die italienische Staatsbahn, die bis dahin ihren Bedarf bei der Ruhr deckte, für die nächsten drei Jahre je 1 Mill. To. hochbezahlter Steinkohle von England zu beziehen hat.

Der Rückgang des gesamten deutschen Auslandsversandes gegen das Vorjahr, der sich nach den obigen Zahlen immerhin auf rund 6 Mill. To. beläuft, hat aber durch die gleichzeitige Verminderung der deutschen Brennstoffeinfuhr wenigstens bis zu einem gewissen Grade einen Ausgleich erfahren.

Die deutsche Kohleneinfuhr

in Steinkohle ausgedrückt, ist von beinahe 10,5 Mill. To. im Gesamtwert von nahezu 213 Mill. M. im Jahre 1929 auf reichlich 9 Mill. To. im Gesamtwert von fast 186 Mill. M. im Berichtsjahr zurückgegangen und hat damit sowohl in der Menge wie auch im Wert diejenige von 1928 etwas unterschritten. Freilich ist die Einfuhr in Steinkohle und Koks nicht annähernd so stark gefallen, wie der entsprechende Absatz im inländischen Erzeugnis. Letzterer hat sich von 1929 zu 1930 um 21,6 Prozent gefenkt, während die genannte Einfuhr nur um 7,9 Prozent geringer ist. An der Einfuhr sind die Lieferungen an die deutschen Gaswerke, so sehr auch die öffentliche Meinung immer wieder gegen sie aufgerufen wird, noch stark beteiligt. Mit einer Gesamtmenge von nahezu 1,75 Mill. To. im Berichtsjahr ist ihr Bezug an Auslandskohle gegen das Vorjahr sogar um 3,7 Prozent gewachsen, wobei hervorzuheben ist, daß die Eindeckung der Gaswerke mit Saarkohle, die zur Zeit noch als fremder Brennstoff gilt, um 4,4 Prozent gefallen ist; um so mehr ist also der Bezug an andern fremden Kohlen gestiegen. Mögen auch für die deutschen Küstengebiete wirtschaftsgeographische Rücksichten, soweit sie nicht durch geeignete tarifliche Maßnahmen wettgemacht werden können, den Bezug der ausländischen Kohle bis zu einem gewissen Grade erklärlich machen, das deutsche Binnenland sollte sich jedenfalls seiner Verantwortung gegenüber dem im schwersten Existenzkampf ringenden heimischen Kohlenbergbau bewußt sein und nur im äußersten Notfall auf fremde Brennstoffe zurückgreifen. Der jüngst die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigende Bezug englischer Kohle durch die neue Großgaserei zu Magdeburg hat inzwischen durch geeignete Aufklärung und verständnisvolles Einlenken eine befriedigende Erledigung gefunden, von der nur gehofft werden mag, daß sie auch von Dauer sein möge.

Wird an der Hand der oben angegebenen Ein- und Ausfuhrzahlen

Die deutsche Kohlenhandelsbilanz

aufgestellt, so ergibt sich für 1930 ein Ausfuhrüberschuß von etwas über 576,5 Mill. M., der den des Vorjahres um reichlich 70,5 Mill. M. unterschreitet, aber denjenigen in 1928 noch um beinahe 20 Mill. M. übertrifft. Der mengenmäßige Ausfuhrüberschuß von rund 28 Mill. To. Steinkohlenwert in 1930 stellt auf der Grundlage einer Jahresförderung von rund 400 Tonnen im Durchschnitt je Belegschaftsmitglied im Ruhrrevier das Beschäftigungsergebnis von rund 70 000 Mann dar. Es erhält also, welche Wichtigkeit gerade auch für die jetzt so schwierige Arbeitsmarktfage die Aufrechterhaltung einer, wenn auch oft nur unter Opfern möglichen, tunlichst großen Kohlenausfuhr anzuwobn und wie sehr es geboten ist, daß diese Ausfuhr ebenso wie auch die Zurückdrängung der Einfuhr durch alle nur möglichen Mittel, die namentlich auch auf dem Eisenbahntarifgebiet liegen müssen, unterstützt werden.

Die armen Industriellen und ihr Schutzpatron Herr Lippe in Borna bei Leipzig.

Herr Lippe ist Geschäftsführer des Braunkohlenindustrievereins in Borna bei Leipzig, im Nebenamt auch deutsch-volksparteilicher Abgeordneter des sächsischen Landtages. Also ein richtiggehender „Oberboz“, wie es im Jargon der Arbeitgeber in bezug auf die Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiangestellten heißt. Dieser Herr Lippe hat vor kurzem im „Verband der Sächsischen Industriellen, Ortsgruppe Dresden“, eine Rede gehalten. Von vornherein sei gesagt: Eine große Rede war es nicht, aber den Dresdener Industriellen genügt sie. Sie haben sogar lebhaften Beifall gezollt. Über das verwundert nicht mehr, wenn man nachstehenden Bericht der „Dresdener Volkszeitung“ über diese Rede liest:

„Alle diejenigen, die nach der Revolution 1918 der Aufzucht waren, daß uns nur intensives Arbeiten aus dem Zusammenbruch retten könne, seien schwer getäuscht worden. Man hätte im Gegenteil ein Lohnpolitisches Kesseltreiben auf die Wirtschaft erlebt, das nach der Inflation erneut eingesetzt habe. Mit Hilfe der Mechanisierung des Schlichtungsweßens sei das Lohnniveau auf eine Höhe getrieben worden, die unverantwortlich genannt werden müsse! Zugegeben müsse allerdings werden, daß der Widerstand des deutschen Unternehmertums viel zu schwach gewesen sei. Mit dem andauernd erweiterten Lohnniveau seien in ähnlichem Umfang auch die sozialen Lasten und die Steuern gestiegen. Zur steigenden Not der Wirtschaft sei die politische Not des Staates getreten und eine immer größer werdende Verschuldung der öffentlichen Hand. Die fünf Millionen Arbeitslosen seien zu einem großen Teile einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik zuzuschreiben. An eine Revision der Reparationsfrage könne erst dann herangetretten werden, wenn es gelungen sei, wieder „Ordnung“ in Deutschland zu schaffen und uns von der kurzfristigen Verschuldung freizumachen.“

Den grundlegenden Fehler in der deutschen Wirtschaftspolitik erblickte Herr Lippe darin, daß man dem deutschen Volke in seiner Mehrheit habe glauben machen wollen, daß die Kosten des verlorenen Krieges bloß die Kapitalisten zu zahlen hätten! Die Gewerkschaften hätten bewußt diesen irrigen Glauben genährt, und besonders auch der damalige Zentrum-Reichs-Arbeitsminister Brauns, der als der Totengräber der deutschen Wirtschaft angesehen werden müsse. Die Reparationslasten könnten eben nur von der Gesamtbevölkerung getragen werden. Deshalb sei eine weitgehende Lohn- und Gehaltskürzung auf der ganzen Linie zu fordern! Weniger ernst war es ihm offensichtlich mit der weiteren Forderung, daß auch eine Herabsetzung der Preise auf Weltmarktbasis folgen müsse, denn er warnte im gleichen Atemzuge vor einem Diktat in dieser Beziehung.

Dann schwafelte er von der „übertriebenen Fürsorge“, die in erschreckendem Maße die Tendenz zeige, den „risikolosen Menschen“ in Deutschland zu schaffen. Ein stichtlicher Staat dürfe nicht so handeln, trotzdem habe der heutige an seinem System der Zerföhrung der Wirtschaft festgehalten. Die deutsche Wirtschaftsnot und die Arbeitslosigkeit würden niemals den heutigen Umfang angenommen haben, wenn die Wirtschaft nicht nach politischen Gesichtspunkten geführt und vergewaltigt worden wäre. Der Staat habe sich zum Sklaven der Massen gemacht, als er sich der Welle des Materialismus nicht entgegenwarf. In der Revolutionszeit habe es geheißt, Sozialismus heiße Arbeit, in Wirklichkeit sei Sozialismus heute Arbeitslosigkeit. Der Staat habe sich zum Bannerträger der Deutschland seit 1918 bewegenden materialistisch-marxistischen Wirtschaftsauffassung gemacht und damit gegen die Verfassung verstoßen!

Die Forderungen eines weitgehenden Abbaues der Löhne und sozialen Lasten wären allerdings mit dem heutigen Parlamentarismus nicht zu verwirklichen. Es sei bedauerlich, daß man nicht den Mut finde, das Wahlalter auf 25 Jahre heraufzusetzen und damit den Parlamentarismus nach der verstandesmäßigen Seite hin etwas zu wenden. Selbstverständlich verteidigte Herr Lippe das kapitalistische Wirtschaftssystem. Nicht dieses, sondern die Zwangsjacke, die man ihm angelegt hätte, sei an dem ganzen Wirtschafts-elend schuld. Der Staat müsse schnellstens umkehren auf einem Wege, den zu begehen die Wirtschaftskreise schon seit Jahren immer und immer wieder vergeblich gewarnt hätten.“

So, ihr vollgefressenen Braunkohlenbergleute, ihr „risikolosen“ Menschen, mit euren unverantwortlich „hohen“ Löhnen, jetzt wißt ihr, was ihr seid. Ihr seid

Schädlinge der deutschen Industrie.

Ihr seid die Totengräber unseres Vaterlandes. Jetzt muß es ein Ende haben mit eurem üppigen Leben, mit euren alljährlichen Ferienreisen nach Nizza, Tiro! und Gott weiß wohin; jetzt holt eure Kapitalien, die ihr von euren „unverantwortlich hohen Löhnen“ aufgespeichert habt, von den Banken und gebt sie den unglücklichen Industriellen zur Kapitalbildung zurück, den unglücklichen, schwachen Industriellen, die ihr mit eurem „lohnpolitischen Kesseltreiben“ seit 1918 so schändlich vergewaltigt und dadurch den Wohlstand unseres Vaterlandes untergraben habt. Eure Köpfe werden rollen, wenn der Obergendarm der Kapitalisten, Adolf Hitler, dessen nationalsozialistische sogenannte „Arbeiterpartei“ die deutschen Kapitalisten mit Millionen und aber Millionen unterstützt, trotz der angeblich mangelnden Kapitalbildung, erst zur Herrschaft kommt und in Deutschland „Ordnung“ schafft. Dieses Schicksal könnt ihr abwenden, wenn ihr 50 Prozent billiger arbeitet, dann schwinden eure und zurer Frauen und Kinder übertrieben dicke Fettpfester (die habt ihr ja den Kapitalisten abgestohlen durch euer „lohnpolitisches Kesseltreiben“), dann werdet ihr und unser Vaterland gesund. Denn hört, der Oberpriester der Kapitalisten, der „Boz“ Lippe, sagt es euch: unser Wirtschaftsleben blüht nicht dadurch, daß ihr mit hinreichenden Löhnen der deutschen Landwirtschaft zu eurer auskömmlichen Ernährung viel Lebensmittel, der deutschen Textilindustrie zu eurer menschenwürdigen Bekleidung Kleiderstoffe, der deutschen Möbelindustrie zur gehörigen Versorgung eurer Wohnungen Möbel abtaufen könnt usw., sondern dadurch, daß ihr für Hungerlöhne arbeitet und dadurch ein paar Duzend Kapitalisten ihre Geldsäcke vollfüllt.

Zu was braucht ihr ferner eine Krankenversicherung? Ihr seid geboren zum Arbeiten nicht zum Krankfeiern, und wenn ihr wirklich mal krank werdet, z. B. wenn ihr zuviel geschlemmt habt, dann müßt ihr euch auf die eigenen Beine stellen und euch selbst helfen; spart eure Pfennige zusammen, dann bringt ihr es am Ende zu einem angemessenen Vermögen, und ihr seid im Krankheitsfalle gedekt. Seid auch recht aufmerksam bei der Arbeit, dann brauchen wir keine Unfallversicherung, und arbeitet, bis ihr entkräftet umfällt, dann meldet euch gehorfsam bei eurem „Industrieführer“ ab, legt euch in eine billige Eierkiste, und laßt euch begraben. Auf diese Weise macht ihr die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Pensionsversicherung überflüssig, das deutsche Wirtschaftsleben bricht nicht mehr unter den „sozialen Lasten“ zusammen, und somit ist dem Wohlstande unseres Vater-

landes das Kardinalhindernis aus dem Wege geräumt. Ueberhaupt! Macht: wir doch lieber gleich ganze Arbeit! Warum brauchen wir eigentlich Arbeiter? Diese minderwertige Sorte Menschen mit ihrer zügellosen Faszehlichkeit fühlte sich ja nur berufen, durch „lohnpolitisches Kesseltreiben“ ein „unverantwortlich hohes Lohnniveau“ zu erreichen und macht dadurch das Glück der Menschheit unmöglich. Verbieten wir ihnen doch einfach die Kinderzeugung, dann sterben die lästigen Erdenwandler aus. Die Welt wird erst glücklich werden, wenn unsere „Industrieführer“ sie allein bezöhlern und im Schwitz ihres Angesichts der Erde Glück hervorzaubern, nicht mehr gestört durch „lohnpolitisches Kesseltreiben“, der Reichtum der Welt wird dann nicht mehr gemindert durch ein „unverantwortlich hohes Lohnniveau“ einer parasitischen Arbeiterkaste. Doch vorerst noch

eine ernste Frage an Herrn Lippe.

Herr Lippe, glauben Sie das wirklich selbst, was Sie in Ihrer Dresdener Rede gesagt haben? Wenn ja, dann sind Sie ein bemitleidenswerter Mann. Wenn Sie es aber nicht glauben, aber trotzdem gesagt haben, weil es von Ihnen als Angestellter einer Arbeitgebervereinigung verlangt wurde, dann wollen wir die in diesem Falle einzig gebührende Bezeichnung dafür aus preßgesetzlichen Gründen für uns behalten. Ist es Ihnen unbekannt, daß seit dem Kriegsende nicht eine einzige Lohnhöhung in Deutschland erfolgt ist, die nicht durch vorausgegangene Erhöhungen der Lebenshaltungskosten notwendig geworden war? Und wann sind in der Inflationszeit die Löhne auch nur um den Bruchteil eines Pfennigs erhöht worden? Sie sind stets nur nachträglich den längst überholten Geldwertsteigerungen unzureichend angepaßt worden. Und sind Sie wirklich der Meinung, daß die Inflation und die gegenwärtige Arbeitslosigkeit Folgen eines „lohnpolitischen Kesseltreibens“ und eines „unverantwortlich hohen Lohnniveaus“ sind? Wenn ja, dann können wir Sie Ihrer Arbeitgebervereinigung als unsern Gegner. Sie jammern über mangelnde Kapitalbildungsmöglichkeiten und sehen die Ursache in den „unverantwortlich hohen Löhnen“, „unerrätlich hohen sozialen Lasten“, die den „risikolosen Menschen“ schaffen, und den hohen Steuern. Ist Ihnen nicht die Ueberkapitalisierung vieler industriellen Betriebe bekannt und die dadurch bedingten hohen Dividenden, Lasten“, die nun durch unverantwortliche, gemeinschädliche Senkung der Löhne und Gehälter befristeten werden sollen? Wissen Sie nichts von der Ueberakkumulierung der Industrie aller Länder, von den dadurch verursachten zahllosen Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen? War z. B. die Stilllegung der seit Jahrzehnten über Sachlens Grenzen hinaus bekannten Döhlener Gießerei in Freital bei Dresden eine Notmaßnahme infolge der dort gezahlten „unverantwortlich hohen Löhne“? Sie wissen doch, daß die in diesem Werke beschäftigten 900 Arbeiter und Angestellten herabgelassen wurden aus schamloser Profitgier der Besitzer, eines rheinischen Stahlwerkskonzerns, welches dieses Werk angekauft, mit etwa einer Million Mark technisch verbessert hat, um seine Produktionskapazität und damit seinen Produktionsanteil beim Stahlwerksverband zu erhöhen, wofür es aber das Döhlener Werk nicht benötigte. Nach Erreichung seines Zieles legte das rheinische Konfornium das Werk kaltblütig still und warf die 900 Arbeiter und Angestellten auf die Straße. Und so brutal, wie in diesem Falle, ist es in unzähligen Fällen aus gleichen oder ähnlichen Motiven gegangen. Ist Ihnen ferner unbekannt, daß infolge der überschnellen Technisierung und Rationalisierung die Leistung pro Kopf der Arbeiter in vielen Industrien, besonders im Bergbau, um viel mehr gestiegen ist als die Löhne? Sie beklagen es, daß der

Widerstand des deutschen Unternehmertums

gegen das „lohnpolitische Kesseltreiben“ der Gewerkschaften viel zu schwach gewesen sei. Allerdings gab es eine Zeit, in der die Gewerkschaftsangehörigen von den Arbeitgebern nicht nur Lohn-erhöhungen erhalten, sondern auch den raubheinißigen unter ihnen um den Finger wickeln konnten. Das war die Zeit des politischen Zusammenbruchs des alten Deutschlands. Damals haben sich viele aus dem Lager des Herrn Lippe gern den moralischen Schutz der Gewerkschaftsangehörigen gegen die Spartakistenhorde gefallen lassen. Heute fühlen sie sich gesichert unter dem Schutze der nationalsozialistischen Verbredcherhorde. Diese werden aus Industriellenkreisen mit Millionen und aber Millionen Mark und moralisch unterstützt, weil sie von ihnen die Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften erwarten. Und damit sinken die Industriellen, die diese Verbredcherhorde materiell und moralisch unterstützen, selbst auf deren Niveau hinab.

Haben Sie, Herr Lippe, sich einmal in den Wohnungen der Braunkohlenarbeiter von deren „Wohlleben“, welches sie auf Grund ihres durch „lohnpolitisches Kesseltreiben“ erlangten „unverantwortlich hohen Lohnniveaus“ führen können, überzeugt? Wir glauben es nicht, empfehlen es Ihnen aber, dann werden Sie, wenn Sie noch einen Funken menschlichen Mitgeföhls besitzen, finden, daß das „Gemähre“ (wie der Sachse sagt) über das „unverantwortlich hohe Lohnniveau“ eine unerhörte Beleidigung und Provokation der Arbeiter bedeutet. Inzwischen aber fragen wir Sie, Herr Lippe, was sagen Sie zu den nachstehend bezeichneten unverantwortlich hohen „Hungerlöhnen“ der betreffenden Industrieführer, denen Sie pagagienhaft das Gleichwä über die „unverantwortlich hohen Arbeiterlöhne“ nachplappern? Diese fürstlichen „Hungerlöhne“ machte vor einiger Zeit die „Leipziger Lehrzeitung“ erstmalig bekannt, und sie sind bis heute unwiderrprochen geblieben. Ihnen, Herr Lippe, wird diese Veröffentlichung, die vor Ihrer Dresdener Rede erfolgte, auch bekanntgeworden sein. Diese „Hungerlöhne“ der betreffenden „Schwerstarbeiter“, die sich die Schwindsucht an den Hals ärgern über die „unverantwortlich hohen Löhne“ der „gewöhnlichen“ Arbeiter, sollten den letzteren eigentlich jeden Tag zu jeder Speiszeit und bei Beginn und Ende jeder Schicht wie früher die Gebere vorgelesen werden. Sie sehen wie folgt aus:

der Generaldirektor des Siemenskonzerns . . .	800 000 M.
der Direktor des Siemenskonzerns . . .	350 000 „
der Generaldirektor des Ruhr-Montantruffs . . .	400 000 „
ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank . . .	350 000 „
ein Direktor der Deutschen Bank . . .	100 000 „
ein Prokurist der Deutschen Bank . . .	60 000 „
der Generaldirektor der Reichsbank . . .	340 000 „
Direktor der Reichsbank . . .	180 000 „
ein Direktor der Krupp AG. . .	120 000 „
ein Direktor des AG-Farbenkonzerns . . .	500 000 „
der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (der Inflationskanzler Cuno) . . .	600 000 „

Diese elf Personen beziehen also insgesamt jährlich etwa 3,8 Millionen Mark „Hungerlöhne“, d. h. soviel wie 1900

„gewöhnliche“ Arbeiter zusammen mit je 2000 Mark Jahresarbeitsverdienst. Finden Sie nicht, Herr Lippe, daß das ein aufreizend schamloser Zustand ist? Schämten Sie sich angesichts dessen nicht, von „unverantwortlich hohen Löhnen“ der Arbeiter zu schwafeln und damit den Arbeitern die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise aufzubürden?

Sie schwätzen da etwas hin über materialistisch-marxistische Wirtschaftsauffassung als weiteren Schuldfaktor für die gegenwärtige Wirtschaftskrise, aber Sie haben bestimmt noch keine Zeile über marxistische Wirtschaftsauffassung gelesen, Sie haben bestimmt noch keine marxistische Schrift in den Händen gehabt, sonst würden Sie solchen hanebüchenden Blödsinn vielleicht nicht gesprochen haben. Die marxische Wirtschaftsauffassung ist nun über 70 Jahre bekannt. Es ist aber beschämend, daß unsere prominenten „Wirtschaftsführer“ und deren Lohnbediener immer noch das Gegenteil von dem behaupten, was darin steht. Würden die Herrschaften, die sich als die geborenen „Führer“ dünken, die marxische Wirtschaftsauffassung zu verstehen fähig sein, dann würden sie wissen, daß sowohl die früheren als auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise aus der anarchischen Planlosigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaft entstanden sind. Und wissen Sie, Herr Lippe, ferner nichts von der wirtschaftsschädigenden Wirkung der Zölle? Sie jammern über mangelnde Kapitalbildungsmöglichkeit. Umgekehrt: Unverantwortliche Kapitalverschwendung ist getrieben worden in den Vorkriegsjahren durch sinnlose Investitionen, die sich nicht rentieren, zum großen Teil brachliegen, zu zahlreichen Betriebsstilllegungen geführt haben, aber verzinst werden müssen. Und um diese Zinsen zahlen zu können, sind die Löhne und Gehälter abgebaut, dadurch aber ist die

Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenkaste

nicht mehr als bisher geschwächt worden. Das nennen unsere genialen „Industrieführer“ Unturbelung der Wirtschaft.

Aber allzu schlimm scheint es mit der Kapitalbildungsmöglichkeit doch nicht bestellt zu sein. Denn nach der soeben veröffentlichten Reichsstatistik für das Jahr 1927 sind von den rund 2,5 Millionen vermögenden Personen im Deutschen Reich 2465 Millionäre, vorausgesetzt, daß die Steuererklärungen stimmen! Davon sollen 1950 ein Vermögen von 1 bis 2,5 Millionen Mark verzeichnen. Mit Vermögen von 2,5 bis 5 Millionen Mark sind 360 Personen veranlagt worden. Multimillionäre mit Vermögen von 5 bis 10 Millionen Mark hat das scharfe Auge der Finanzämter 115 entdeckt, während die Gruppe der Glücklichen, die sogar über 10 Millionen Mark ihr eigen nennen, ein auserwählter Kreis von 10 Personen ist. Seit der letzten Veröffentlichung von 1925 hat die Zahl der Millionäre um 130 zugenommen, sie stieg nämlich von 2335 auf 2465. Auch die Stadt Dresden, in welcher Herr Lippe sein Knechtelied über den Mangel an Kapitalbildung sang, hat die Genugtuung, in ihren Mauern 39 Millionäre zählen zu können. Von ihnen haben fünf sogar über 2,5 Millionen und drei über 5 Millionen Mark an Vermögen.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß seit 1925 die Zahl der Personen, die ein Vermögen über 50 000 Mark besitzen, zugenommen hat, während hingegen die Zahl der bis 50 000 Mark vermögenden Personen sich vermindert hat. Diese Vermögenskonzentration in den höheren und höchsten Vermögensgruppen bei den natürlichen Personen hat seit 1925 unverkennbare Fortschritte gemacht. Doch ist ihr Ausmaß sehr viel geringer als bei den nichtnatürlichen Personen, bei denen sich die starke Kapitalkonzentration (Konzerne, Fusionen usw.) besonders stark ausgeprägt in den letzten Jahren zeigte und viel von sich reden machte.

Sie, Herr Lippe, reden empört und verächtlich von „risikolosen Menschen“. Sie meinen damit die Arbeiterkaste, die durch Tarifverträge und Betriebsrätegelei gegen Lohn- und Entlassungswillfür geschützt, durch Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung vor dem völligen Verhungern gesichert ist. Jawohl, Herr Lippe, Sie wollen der deutschen Arbeiterkaste diesen Schutz genommen wissen und sie wieder zum wehr- und willenlosen Helotentum hinabdrücken. Sie wollen damit ein unerhörtes Verbrechen an der deutschen Arbeiterkaste und damit am deutschen Volk begehen, denn die deutsche Arbeiterkaste ist das deutsche Volk, nicht Sie und Ihre Seelenverwandten allein. Als während des Weltkrieges die deutschen Arbeiter in den Schützengraben ihr Vaterland verteidigten, da wurde auch in den Kreisen der Seelenverwandten des Herrn Lippe ein begeistertes Hohelied gesungen auf die deutsche Sozialversicherung, ohne diese würden die deutschen Arbeiter gar nicht so begeistert für ihr Vaterland kämpfen. So sagte man damals. Und heute? Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan im Schützengraben, aber jetzt soll er sich nicht etwa einbilden, daß nur die Kapitalisten allein die Kosten des verlorenen Krieges zu zahlen hätten, wie Herr Lippe sagt. Herr Lippe, Sie wollen die Beseitigung der Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung, Sie wollen, daß die Arbeiter „sparen“, um in Tagen der Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit sich und ihren Angehörigen selbst helfen zu können. Im gleichen Atemzuge pagagieren Sie aber das Häßliche gegen die „unverantwortlich hohen Löhne“. Sie wollen, daß die Arbeitslosen ohne Schutz der Arbeitslosenversicherung mit der Mühe unter dem Arm für den niedrigsten Hundelohn die Kapitalisten um Arbeit anflehen müssen. Sie entrüsten sich auch darüber, Herr Lippe, daß der Staat „sich zum Sklaven der Masse gemacht“ habe. Ja, was ist denn der Staat? Ist der Staat nicht das ganze Volk, also die Massen? Und soll dieses Volk nicht Herr seines Staates, d. h. seiner selbst sein? Nach Ihrer Meinung nicht. Nach Ihrer Meinung sollen nur die Kapitalisten Herren des Staates sein und die anderen, d. h. das „Volk“, die „Massen“, gehorsame Knechte. Aber, Herr Lippe, da hätten Sie Ihr Erdenwallen hundert Jahre früher beginnen müssen, jetzt ist es für Ihre Theorie zu spät. Sie und Ihre Seelenverwandten werden in der deutschen Arbeiterkaste das erwachte Streben nach menschenwürdigem Dasein und nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft nicht mehr unterdrücken, die deutsche Arbeiterkaste können Sie nicht wieder ins wehr- und willenlose Helotentum zurückstoßen, auch nicht mit Hilfe Ihrer nationalistischen Hilfstruppe, für die Ihre Auftragsgeber, die deutschen Kapitalisten, Millionen übrig haben. Von der unaußhaltbar vorwärtschreitenden Arbeiterkaste wird die kapitalistische Reaktion doch einmal überwunden werden.

Hitler für Sklaverei der Arbeiter.

„Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und die Macht das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Klasse beweist, das Recht, zu führen. Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.“ Aus einer Rede Hitlers.

HAUS UND LEBEN

Mit der Filmkamera in der Grube.

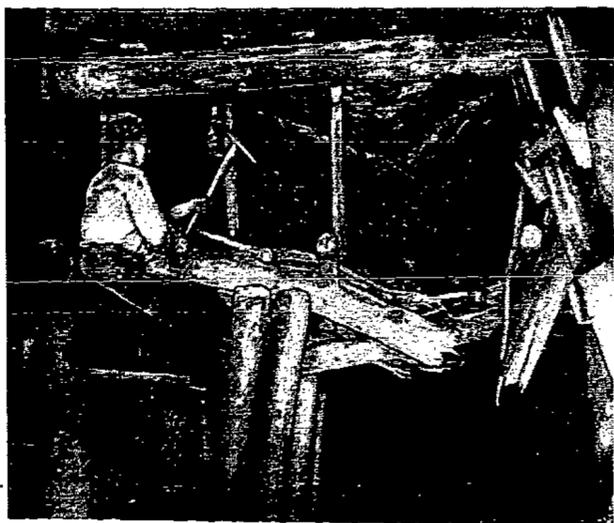
Wenn in den Lichtspielpalästen der Großstädte der verwehnte Besucher im bequemen Sessel einen Expeditionsfilm aus dem rätselhaften Erdteil Afrika auf sich einwirken läßt, so wird er mit Recht den kühnen Forschern und Filmlenten die Anerkennung zollen, die diese Männer für ihre oft unter unlagbaren Strapazen geleistete Arbeit verdienen. Die wunderbare Erfindung der lebendigen Photographie hat es unbestreitbar möglich gemacht, die zahllosen Resultate einer jähren Forscherarbeit der breiten Masse zugänglich zu machen und dadurch Wissensgebiete zu popularisieren, die bis dahin nur einem bestimmten Kreise von Intellektuellen oder gar Wissenschaftlern zugänglich waren.



Schrämmaschine wird in Tätigkeit gesetzt.

Die Verwendungsmöglichkeiten des Filmfilmstreifens auf dem Gebiete des Wissens und der Belehrung erschöpfen sich natürlich nicht in der Erforschung bisher unbekannter Landschaftsgebiete. Welch geradezu verblüffende Resultate speziell die medizinische Wissenschaft mit dem Film zu erzielen vermochte, wird wohl kein Geheimnis geblieben sein. Die Heranziehung des Films für rein technische Zwecke, sei es nun in propagandistischer oder betriebstechnischer Hinsicht, hat in vollem Umfange eigentlich erst nach dem Kriege eingesetzt. An Stelle der oft störenden Betriebsbeobachtungen ist in vielen Fällen der Wertfilm getreten, der dem Interessenten alles Sehenswerte zu demonstrieren in der Lage ist, ohne daß der Betrieb selbst irgendwie in Mitleidenschaft gezogen würde oder bestimmte Fabrikationsgeheimnisse allzulehr der Gefahr einer Preisgabe ausgesetzt wären.

Die Besichtigung eines Steinkohlenbergwerkes ist für einen gewöhnlichen Sterblichen aus vielerlei Gründen vollkommen unmöglich. Bekanntlich erstrecken sich die Stein-



Das Geörge drückt nach.

kohlenvorkommen in der Hauptsache auf das Ruhrgebiet, Sachsen und Oberschlesien. Schon in den unteren Schichten wird mit Hilfe von Trolleys die Anlage und Arbeitsweise eines Schachtes anschaulich gemacht, ohne dadurch aber nur annähernd ein naturgetreues Bild vermitteln zu können. Um hier Abhilfe zu schaffen, sind eine ganze Reihe von Filmen gedreht worden, die ausgezeichnete Lehrmittel darstellen, und fast erschöpfend in die sonst so unzugängliche Materie einführen. (Filmschweis: Rheinisch-Westfälisches Steinkohlenbergbau und Sächsisches Steinkohlenbergbau, Zwickau).

Der Durchführung von Filmaufnahmen unter Tage stellen sich begreiflicherweise recht erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Durch die bedingte Belichtungszeit der einzelnen Bilder auf dem Filmfilmstreifen werden bei Ausschaltung des Tageslichtes eine Reihe von Scheinwerfern oder Leuchten benötigt, die bei den sonstigen Filmaufnahmen mit Kohlenlampen versehen sind und ein hochaktinisches Licht ausstrahlen. Bei Aufnahmen in schlagwettergefährdeten Gruben können derartige Lichtspender wegen ihres offenen Lichtbogens natürlich nicht verwendet werden. In diesen Fällen sind auf sächsischen und westfälischen Zechen von mir hochherzige Glühlampen mit bestem Erfolge in Anwendung gebracht worden. Allerdings mußte mit Rücksicht auf die röntgengebliche Ausstrahlung der Glühlampen ein pandromatisches Filmmaterial verwendet werden, das infolge der sehr bedingten

Aktivität des Beleuchtungsmaterials auch noch hochsensibilisiert war.

Der Transport der Aufnahmeapparate, wie Kamera, Stativ, Lampen, Glühlampen, Kabel, Widerstände usw. gestaltet sich oft recht schwierig. Minuten vergehen mit der Abmontierung an der einen Aufnahmestelle bis zum korbefertigen Aufbau der nächsten Szene 6 bis 8 Stunden. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß bei den meisten Aufnahmestellen die Stromabnahmemöglichkeiten für die Lampen oft 500 bis 800 Meter entfernt liegt und entsprechende Kabelängen verlegt werden müssen. Der Transport der Aufnahmeapparate, der in den Kohlwagen oder



Schüttelrutschenort.

„Hunden“ erfolgt, muß mit besonderer Sorgfalt bewerkstelligt werden, da die Glühlampen gegen Erschütterungen sehr empfindlich sind und ein Verlust von einigen Glühlampen oder Beschädigungen irgendwelcher Art an den anderen Aufnahmeapparaten recht unangenehme Verzögerungen herbeiführen können.

An der Aufnahmestelle selbst ergeben sich bei der zweckmäßigen Gestaltung der Beleuchtungskörper infolge der Schwierigkeiten, als die räumliche Beschaffenheit eine Aufstellung von Lampenstativen nicht gestattet. Die Leuchten müssen deshalb mit Blindschirm an den „Stempeln“ (das sind die schweren Holzstützen, wie sie auf den Abbildungen zu sehen sind) festgemacht werden. Nach der Einstellung des Stromes werden die Lampen dann den Anweisungen des Kameramannes entsprechend auf das Aufnahmeobjekt gerichtet.

„Vor Ort“, d. h. an der Kohle selbst, sind die Aufnahmeverhältnisse sehr ungünstig. Bei meinen Grubenaufnahmen im



Abbau der Kehle mit Preßluftabbauhammer.

sächsischen Steinkohlenrevier habe ich 10 Lampen mit je 6000 Kerzen verwendet, so daß insgesamt nominell 60 000 Kerzen auf die Szenen niederstrahlten. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß die in den Lampen angebrachten Reflektoren die Glühlampen in ihrer Leuchtwirkung wesentlich unterstützen.

Vor der Aufnahme wird der Grubenarbeiter, der in der Szene mitwirkt, vom Aufnahmeleiter, der in den meisten Fällen Bergingenieur sein wird, mit seiner Rolle eingehend vertraut gemacht. Erfahrungsgemäß stellen sich die Leute recht geschickt an, so daß eine Szene in den seltensten Fällen zweimal gedreht werden muß. Filmaufnahmen unter Tage dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der zuständigen Bergbehörde vorgenommen werden. Während der Aufnahmen ist ein Beamter des Bergamtes zugegen, der auch vor der Aufnahme das Beleuchtungsmaterial einer eingehenden Prüfung unterzieht.

Hermann Grau.

Die Arbeit als Menschenbildnerin.

Auf die Musik wird heute in der Schule ein immer größerer Wert gelegt. Der pädagogische Nachwuchs wird wesentlich nach musikalischen Fähigkeiten ausgewählt, und man ist in der modernen Musikpädagogik bestrebt, möglichst zum Selbst musizieren zu bilden, da nach der modernen Auffassung das Selbst musizieren wichtiger als das Musikhören ist.

Wir erkennen hier den gleichen Gedanken, der die ganze nachrevolutionäre Schule beherrscht, den Gedanken, durch Werk und durch Schaffen zu bilden. Diesen Gedanken, der da als Symbol des neuen Arbeitsgedankens auch in der Reichsverfassung festgelegt ist.

Es ist ein ungeheurer Umschwung in der Pädagogik, der da in die Erscheinung tritt. Nur der tätige Mensch kann verstehen, und nur der, der durch Arbeit etwas erlebt, wird „gebildet“, d. h. wird in seiner Persönlichkeit durch Tat und Wirklichkeit geformt.

Diese Idee, daß Arbeit und Bildung zusammengehören und darum nur die Schule der Arbeit die Schule der echten Menschenbildung ist, diese Idee finden wir im Großen, Weltbedeutenden im modernen Gewerkschaftskampfe wieder. Es ist der gleiche Gedanke, wie er in der modernen Pädagogik zum Ausdruck kommt: wie die Arbeit, so der Mensch. Und wie das einzelne Kind durch sein Erlebnisschaffen in der Schule gebildet wird, so wird das ganze Volk, die ganze Menschheit, durch die Arbeit geformt.

Arbeit, die mechanisch ist, muß mit der Zeit schädigend auf den Menschen wirken. Arbeit, die nur um des Lohnes willen geschieht, kann nicht aufbauend wirken auf die Persönlichkeit. Arbeit muß als Schöpfertum erlebt werden, daß Arbeit dann die schöpferischen Kräfte des Menschen weckt. Arbeit muß um der Arbeit, um des Schaffensbedürfnisses des Menschen willen geleistet werden, daß der Mensch in sich bei seinem Schaffen die Idee erlebt, um die es in dem großen Zusammenleben der Menschheit zu gehen hat.

Der neue Mensch kann nicht sein ohne die neue Arbeit, und die neue Arbeit ist darum mehr als produktives Werk. Sie ist Dienst am Menschen. Sie erfährt den Menschen in seiner schöpferischen Freude, daß er innerlich reist in die Tiefe seiner Liebe, die da immer und überall in die Erscheinung tritt durch seine Tat.

Dr. Gustav Hoffmann.

Bild am Morgen.

Gespenssterhafte Nacht. Der Mond, wie ein leuchtender Diamant, sinkt langsam weit, weit hinten ins Tal, und die gigantischen Schatten der Schächte und Schote steigen höher und höher. Der Schatten wächst, wird breiter, schwerer, und nur die Spitzen schimmern in einem Kranz von Licht; dann sind auch sie untergetaucht im steigenden Schatten.

Langsam verblaßt der goldene Diamant. Doch — der Himmel lodert in einem andern Schein: grell und rot!

Ein Grauen ist es; dann wie Orgelbrausen und zuletzt wie Höllenlärm. Der Rauch der Essen zieht schwer und die roten Schwaden gleiten wie Gespenster um graue Schächte und Gerüste. Ein Zittern geht im Erdengrund.

Von den Altären der Arbeit quillt das Feuer, und Gefänge steigen wie Menschenkreie. Dröhnend, schwerer klingt das Lied aus Stahl und Stein. Das Lärmen füllt die Dunkelheit. Und das Stampfen der Maschinen, das wilde Kreischen der Räder, das ist das harte Lied der Fron!

Ein Brüllen, Zischen, Krachen. Defen glühen feuerrot, und Schächte atmen Rauch von Schacht zu Schacht.

Gestalten, nackt und schweißtriefend, stehen vor den flammenden Bränden, und tief im Dunkel der Erde fressen sie sich durchs harte Gestein.

In den Lärm der Arbeit heulen wild, brutal die Sirenen. In Glendshütten, umgepöbert von der Rot, werden Menschen jäh aus ihrem Traum gerüttelt.

Der Mensch, wie ein Rad, rollt in das ewig-klingende, rönende, furrende, laufende Werktagsgetriebe.

Eine halbe Stunde ruht das Lärmen der Werke; eine halbe Stunde lang tragen die Förderer ihre Menschenlast aus der Nacht — in die Nacht. Der heiße Atem der Menschen verfliegt weiß im kalten Morgen. Gähmend und mit müden Schritten kriechen sie durch graue Tore. Geduckt wanken sie durch baumlose Straßen an schwarzen Häuserreihen vorbei in licht- und freudlose Stuben.

Schichtwechsel! — Menschen, ausgeruht, frisch, greifen neu in die Werke ein.

Wieder heulen die Sirenen in der Runde. Neue Hände greifen an die Hebeln der Fördermaschinen. Laut schlagen die Förderwagen aufeinander. Wieder beginnt das Pochen, Hämmern und Dröhnen im Schacht.

In den Werkstätten und Fabriken beginnen Maschinen ihre neue Melodie. In den beginnenden Tag klingt lauter der Arbeit Sinfonie.

Die Schöte speien neuen Rauch und in grauen Fördertürmen spielt verfleckt ein erster Sonnenstrahl.

Der Tag beginnt! In Rauch sind die Werke gehüllt. Grauer Himmel. Die Städte werden wach. Das Lärmen der Straßen steigert sich. Das Leben haftet weiter unter den graueuchenden Regenwolken des Himmels.

Karl Arend.

Wie verlebe ich meine Ferien am zweckmäßigsten?

Seine Ferien und Freizeit verbringen unter Gleichgesinnten, losgelöst vom Hasten und Jagen der Großstädte, in gesunder frischer Waldeluft bei guter Beköstigung schafft neuen Lebensmut und Lebensfreude.

Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Sitz Jena, und die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheim mbH., Sitz Jena (Weser), bringen in diesem Jahre wieder einen neuen Prospekt mit Preisliste heraus. Wir machen besonders aufmerksam auf die neuen Preislisten. Preisabbau um etwa 10 Prozent.

Wegen Prospekt und Preisliste wende man sich an die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheim mbH. (Weser), Sitz Jena, Marienstraße 4, Fernruf 2290.

Allen Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen.

Warum die Explosion auf Anna 2 von solch furchtbarer Wirkung war?

IV.

Das Füllort der 4. Sohle

scheint der Konzentrations- oder Verteilungspunkt der Explosion nicht wie Sprengstoff seine Wirkung auf die nächsten Gegenstände ausüben. Beim Sprengstoff ist die Energiemenge konzentrierter. Gas- oder Kohlenstaubexplosionen beanspruchen vor allen Dingen Raum. So bleibt z. B. in einem von Wänden abgeschlossenen mit Explosionsgas gefüllten Raum ein unbrennbarer Gegenstand, z. B. ein Metallgefäß bei der Explosion von einer Zerstörung verschont, obwohl die Wände weggeblasen werden. Der Explosionsdruck hat nämlich von allen Seiten gleich stark auf den Gegenstand eingewirkt. Er konnte nicht weggeschleudert oder beschädigt werden. Ein hohler, verschlossener Kessel wäre dagegen eingedrückt worden. Dieser Ansicht kann man bezüglich des unbeschädigten Förderkorbes beitreten. Es werden aber noch andere Momente mitgespielt haben, nämlich eine Ueberfättigung der Explosion durch Methan und verflüchtigte Kohlenwasserstoffe. Eine solche Ueberfättigung wird besonders bei dem im Schacht hochsteigenden Abzug der Explosion eine wichtige Rolle gespielt haben.

Um so schlimmer waren die **Hitzewirkungen** in diesem Füllort und in nächster Nähe. Menschenleiber werden in Brand gesetzt. Als etwa eine Stunde später einige dem Tode Entkommene von der 5. Sohle im Eduardschacht zu diesem Füllort heraufkamen, löschten sie einen solchen Brand. — Der Tod war hier gnädig, denn solche Hitze töret augenblicklich und schmerzlos. Vom Füllort aus schlug die Explosion in die beiden Querschläge nach Süden und Norden, zum Schacht hinunter nach der 5. Sohle, und herauf bis über Tage. Das muß man annehmen, weil Anzeichen für eine andere Schlagrichtung in diesen Fällen nicht vorhanden waren.

Im südlichen Querschlag ist die Explosion etwa 200 Meter weit vom Schacht gelaufen. Abbaubetriebe konnte sie dort nicht gefährden. Abgehenden von durcheinandergeworfenen und verbogenen Wagen, zerstörten Zimmerungen, Wettertüren usw. waren größere Zerstörungen nicht entstanden.

Im nördlichen Querschlag schlug die Explosion etwa 100 Meter weit herein, auch ohne größere mechanische Zerstörungen zu verursachen. Ein am Blasversatzschacht (K), der etwa 80 Meter vom Schacht entfernt liegt, beschäftigter Schlepfer, erlitt tödliche Brandwunden, mit denen er noch 1000 Meter weit in den Querschlag nach Norden gelaufen ist, um dann tot niederzufallen. Die Belegschaften der dahinterliegenden

Revier 4, 5 und 6

haben nur teilweise einen Luftstoß gemerkt. Die Belegschaft eines Schüttelrutschenloches merkte überhaupt nichts und wunderte sich, daß die Pfebluft ausblieb. (Die Hauptzufuhrleitung wurde durch Zerstören des Schachtgebäudes auch unterbrochen.) Auf Anweisung des Steigers beschäftigte man sich mit Neben-

arbeiten. Erst gegen Mittag kam der Bescheid, daß über die 3. Sohle ausgefahren werden solle. Auf der Sohle angekommen, war man erstaunt, daß der Weg zum Schacht durch einen Posten versperrt war, während von Adolf her eine Rettungskolonie im Eilschritt heran kam, die Atemschläuche im Mund. Der Führer der Kolonne wies der Schüttelrutschenbelegschaft den Weg nach Adolf zur Ausfahrt. Erst jetzt, wo furchtbaren Schreden erfährt, lief, stolperte man, bis endlich eine Stelle kam, wo es hieß: Hier seid ihr gesichert. Das war im Wetternetz der Zeche Adolf (demnach wurden die Abwetter dieser Reviere nicht nach Adolf geleitet). „Ich bin in meinem Leben noch nie so hart gelaufen“, berichtete einer. „Ja, Junge, es ging um das bißchen Leben.“ Es ist unverständlich, warum man die Leute überhaupt noch solange in der Grube lassen konnte. Hier mußte der Steiger allein handeln. Mit seiner Entschlußkraft scheint es nicht weit her zu sein.

Diese Reviere waren eigentlich am wenigsten gefährdet, besonders wenn die verbrauchten Wetter zum Wilhelmsschacht zogen. Wegen des dorthin erwähnten Wetterkurzschlusses konnten sich die Nachschwaden nur langsam nach den Bauen zu verbreiten. Die Belegschaft konnte sich durch die rückwärtige Verbindung nach Adolf in Sicherheit bringen, vorausgesetzt, daß mangelnde Entschlußkraft sie nicht zu lange vor der Arbeit zurückhielt. Vermünftigerweise hat noch ein Steiger — es soll der vom Revier 5 gewesen sein — eine im Querschlag der 4. Sohle befindliche Brandtür geschlossen und dadurch den Wetterzug vollkommen unterbunden.

Die 5. Sohle.

Als einige Stunden nach der Explosion Bergungsmannschaften zwei Verletzte antrafen, die gerade zur Befinnung kamen, fragte einer: „Was war denn eigentlich los?“, worauf der andere sagte: „Hast du denn die Flamme nicht gesehen, die im Schacht herunterkam?“ Nach andere Merkmale sprechen dafür, daß die Explosion vom Schacht aus in die Querschläge beider Richtungen hineingeschlagen ist, und zwar etwa 50 Meter nach Norden und 150 Meter nach Süden. Die Hitzewirkung war hier gleichfalls sehr stark. Beladene Kohlenwagen fingen Feuer, das aber nachher wieder erlosch.

Die Nachschwaden verbreiteten sich infolge der gestörten Wetterführung nur sehr träge. Die im nördlichen Flügel beider Flöße Beschäftigten waren vollkommen eingeschlossen. Sowohl der Weg zum Schacht über die 5. Sohle, als auch durch den Blasversatzschacht (dieser war aus noch anderen Gründen vergaselt) nach der 4. Sohle führte durch die brennend heißen giftigen Schwaden. Die einzige Zuflucht bot die gegen Nordost vorgetriebene Richtstrecke im Niveau der 5. Sohle, wo sich die Gefährdeten hätten sammeln können, um die Strecke hinter sich wetterdicht abzuschließen. (Mit Holz aller Art, seinen Bergen oder Kohlen, Wettertuch, Kleider und dergleichen mehr.) Diese Art Rettung durch sogenannte Rauchbarrikaden wird vielfach von englischen und amerikanischen Bergleuten geübt und ist ihnen sozujagen in Fleisch und Blut übergegangen, oft mit viel Erfolg. Unsere Bergleute reagieren auf solche Rettungsmittel nicht. Das liegt einmal an den Besonderheiten unseres Bergbaues und hauptsächlich an mangelnder Aufklärung über das Verhalten bei Ex-

plosionen. Allerdings kommt in unserem Fall erschwerend die Tatsache hinzu, daß der Querschlag im Bereich des Abbaues teilweise auch vergast war. Trotzdem haben sich aus diesem Abbaufeld einige Kameranen auf eine fast unglaubliche Art gerettet. Darüber später einige Worte.

Im Südfeld, zwischen Schacht und dem Muldenstapel, befanden sich die dort Beschäftigten gleichfalls in einer unermesslichen Falle, weil die Nachschwaden auch sofort den Muldenstapel ausfüllten und eine Flucht nach Süden unmöglich machten.

In einer glücklicheren Lage befanden sich die Kameranen zwischen dem Muldenstapel und dem elektrisch betriebenen. Sie konnten den letzteren herauf zur 4. Sohle und von dort aus durch die nahe Verbindung nach Anna 1 flüchten. Diese Günstigkeit des Schicksals nutzten auch viele zur Lebensrettung aus. Ja, es gelang sogar mehreren Kameranen, aus dem vorhin erwähnten Bauabschnitt dorthin zu fliehen. Leider mußten die Verletzten, sofern sie nicht selbst klettern konnten, zurückbleiben, weil der elektrische Förderhaken infolge Zerstörung des Kabelschachts, der in den Tagen nach der Explosion soviel in der Presse genannt wurde.

Die Sattelstrecke in Flöz 9

zwingt eine besondere Behandlung auf. Es ist die einzige zwischen den Sohlen liegende Strecke, in der die Explosion auch auftrat. Der Anfang scheint am Blasversatzschacht zu liegen. Vielleicht ist die Explosion vom nördlichen Querschlag der 4. Sohle im Blasversatzschacht zu dieser Sattelstrecke heruntergeschlagen. Sie lief über die Sattelstrecke zum Senktschacht in der östlichen Richtstrecke, in diesen hoch und den kurzen Querschlag hindurch bis zum Fuße des Aufbruches. Bis zu dieser Stelle reicht auch die aus entgegengesetzter Richtung kommende Explosionswelle aus der Richtstrecke. Letztere war stärker und hat auch die von der Richtstrecke zum Aufbruch führende kurze Zugangsstrecke zu Bruch gerissen. Eine zwischen dem Senktschacht und dem Aufbruch hängende Staubsperre wurde in Richtung nach dem Aufbruch, also von der aus der Sattelstrecke heraufkommenden Explosion, weggeblasen. Hier liegt ein zum Nachdenken anregender Vorgang vor, der auch Schlussfolgerungen nach der Entstehungsgegend zuläßt. Wir müssen es uns aber noch versagen, näher darauf einzugehen.

Zum Wilhelmsschachtheraus

konnte die Explosion nicht, weil dieser sehr nah ist. Sturzregen ist für die herabfallenden Wasser ein zu geringer Vergleich. Es giebt sprichwörtlich mit Eimern. Wäre auch dieser Schacht trocken gewesen, dann wäre auch dort die Explosion zu Tage geschlagen und hätte den Ventilator mit der Umgebung zerstört und das Unglück bedeutend vergrößert. Dieser Schacht vor nämlich mit seinen direkteren Verbindungen zu den alten Grubenbauen noch mehr Veranlassung dazu. Das sei besonders jenen mitgeteilt, die wissen wollen, daß diese Explosion mit jener auf der Zeche Gabriele in der Tschepshofwafel keine Vergleiche zuläßt, weil dort die Flamme zum Ausziehschacht herausgeschlagen sei. (Fortsetzung folgt.)

Die Zerlegung des Tariflohns.

Die jetzige Wirtschaftsstockung wird von den Unternehmern vor allem zu einem Kampf um den gebundenen Tariflohn benutzt. Dauert die Krise noch länger, so werden wir in der Tat um das Bestehen des gegenwärtigen Tarifsystems hart kämpfen müssen. Eine Arbeitslosenzahl von fünf Millionen bildet die Hilfstruppe der Unternehmer, mit der man glaubt, das Tarifsystem unter Druck setzen zu können. Allerhand Vorschläge werden laut, um dem System der gebundenen Lohnsätze den Garaus zu machen. Neuerdings wird eine Idee verbreitet, die für die breitere Öffentlichkeit etwas Bestechendes hat. Ausgehend von den Ereignissen der Hütte Ruhrort-Weiderich und den Vorschlägen des Herrn Krupp von Bohlen wird der Gedanke erwogen, mit dem bisherigen Aufwand von Lohn und Gehalt mehr Leute zu beschäftigen und auf diese Weise billiger zu produzieren. Den Arbeitern soll zum Ausgleich der Kürzung ihrer Einkommensbezüge eine Mindestbeschäftigung garantiert werden.

Hierauf fußend, wurde in der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 102) und im „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 12) ein Vorschlag gemacht, der den Tariflohn in zwei Teile zerlegen will. Man spricht von einem unabhingbaren Teil des Lohnes und einem beweglichen Teil desselben. Der unabhingbare Teil des Lohnes soll nicht mehr wie bisher der Tariflohn sein, sondern er soll gesetzlich auf einen Lohnsatz begrenzt werden, der den heutigen Sätzen der Arbeitslosenversicherung entspricht. Darüber sollen sich die Sätze bewegen, die tarifvertraglich vereinbart werden und den Erfordernissen des einzelnen Industriezweiges oder Betriebes entsprechen sollen. Mit einer Besserung der Konjunktur soll die Lohnhöhe ansteigen, sich aber ermäßigen, falls eine Stockung der Wirtschaft eintritt. Die unabhingbaren Mindestverdienste sollen derartig gewährleistet werden, daß die Versicherung dem Kurzarbeiter jeden Ausfalltag, der nicht in seine Wartezeit fällt, mit dem vollen Mindestverdienst vergütet. „Die Zerteilung des Lohnes in einen unabhingbaren Teil, der die Existenz sichert, und in einen beweglichen Teil, der sich nach den Erfordernissen der Konjunktur des betreffenden Industriezweiges einpielen könnte, macht aus dem bisherigen starren Schema, in daß jeder einzelne Betrieb hineingepreßt wird, ein schmiegames Gewand.“

Dieser Vorschlag hat in der Tat etwas Befriedigendes, zwar nicht für die Arbeiterschaft, aber für die breitere Öffentlichkeit und die Regierung. Es muß von vornherein nachdrücklichst davor gewarnt werden, sich auf eine derartige Zerlegung des Tariflohns einzulassen. Wenn erst einmal an dem Gebäude des Tarifvertragsystems herumgeschlickt wird, dann gibt es kein Halten mehr. Auch das bisherige Tarifsystem ist keineswegs so starr, wie es allgemein hingestellt wird. Die Tariflöhne sind Mindestlöhne, die keineswegs als zu hoch bezeichnet werden können. Der weitgehend erfolgte Abbau der übertariflichen Zuschläge beweist, daß auch das heutige Lohnsystem durchaus geschmeidig ist. Aber an der Grundlage des ganzen Systems soll und darf nicht gerüttelt werden. Hoffentlich steht der Reichsarbeitsminister hier zu seinem Wort!

Aus dem Saarrevier.

Keine Arbeitslosenunterstützung für Lothringengänger.

Die beiden Bergarbeiterorganisationen hatten an den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald einen Antrag gerichtet, die sogenannten Lothringengänger für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung den Saargängern gleichzusetzen. Am 26. März hat der Reichsarbeitsminister diesen Antrag mit folgendem Schreiben abgelehnt:

„Die besonderen Schwierigkeiten, die in Ihrem Verbandsbezirk aus der verschiedenartigen Regelung der Arbeitslosenunterstützung für die im Saargebiet und für die in Lothringen beschäftigten Arbeitnehmer erwachsen, werden von mir nicht verkannt. Gleichwohl bin ich zu meinem Bedauern außerstande, Ihrem Wunsch Rechnung zu tragen. Die für die Saargänger getroffene Regelung hat ihren Grund in dem besonderen Verhältnis des Saargebietes zum Deutschen Reich. Eine Ausdehnung auch auf die in Lothringen beschäftigten Arbeitnehmer mag vom Standpunkt der örtlichen Verhältnisse aus berechtigt erscheinen, würde jedoch der Regelung eine grundsätzlich andere Bedeutung — als allgemeine Fürsorgemaßnahme für Grenzgänger — geben und müßte zu Verurteilungen der Grenzgänger der anderen Grenzbezirke, insbesondere Belgiens, Luxemburgs und des Elsasses führen, die bisher mit den Grenzgängern Lothringens gleich behandelt werden.“

Eine solche Maßnahme wäre mit dem Wesen einer Versicherung nicht vereinbar und aus finanziellen Gründen nicht zu vertreten.

Für diejenigen jetzt in Lothringen beschäftigten Arbeitnehmer, die früher im Saargebiet tätig waren, möchte ich noch darauf hinweisen, daß ihnen eine durch Tätigkeit im Saargebiet etwa erworbene Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung auch bei späterer Arbeitslosigkeit zugute kommen kann, da nach der Rechtsprechung eine Beschäftigung im Auslande unter die Erweiterungserwartungen im Sinne des § 95 Abs. 2 WVBVG fällt, eine Anwartschaft aus früherer Beschäftigung also in der dreijährigen Rahmenfrist des § 95 Abs. 3 WVBVG aufrechterhalten bleibt. Ich bitte, sich den besonderen Gründen, aus denen ich Ihrem Antrag nicht entsprechen kann, nicht zu verschließen und gegebenenfalls auch Mißverständnissen im Kreise der Arbeitnehmerschaft durch Aufklärung über diese Gründe entgegenzutreten.“

Wieder eine Verleumdung zusammengebrochen.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo gegen die Angeklagten unseres Verbandes Verleumdungen ausgeübt werden. Sollen die Verleumder ihre Aussagen beweisen, dann wissen sie nichts.

So hatte auch der Bergmann Jenner gegen unseren Kameraden Johann Bernarding aus Illingen Behauptungen aufgestellt, die er in dem Gerichtstermin am 5. März 1931 nicht aufrechterhalten konnte. Er hat dann am Gericht nachstehende Erklärung abgegeben:

„Der Angeklagte erklärt, daß er die unter Anklage gestellte Äußerung nicht aufrechterhalten will und auch nicht aufrechterhalten kann. Soweit er sich so geäußert hat, nimmt er diese Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Der Angeklagte erklärt sich damit einverstanden, daß der Privatkläger diese Erklärung des Angeklagten in der „Bergbau-Industrie“ veröffentlicht.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Prozesses, von dem Honorar des Vertreters des Privatklägers einen Betrag von 300 Fr.“

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Verne III. Am 29. März starb im Alter von 53 Jahren unser treues Mitglied Ernst Prädell. Er konnte in diesem Jahre auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Esen - Bergerhausen. Am 9. März starb unser Kamerad Albert Lewes im Alter von 48 Jahren. Die Zahlstelle verliert in ihm ein treues Mitglied. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Zahlstelle Kaiserau. Am 1. April starb unser treuer Kamerad Karl Lichtefeld im Alter von 61 Jahren. Er gehörte dieses Jahr zu unseren Jubilaren. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken!

Zahlstelle Klettwitz. Am 27. März starb im Alter von 59 Jahren unser treues Mitglied, der Invalide Emil Schömann. Die Zahlstelle wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Zahlstelle Kray-Geithe. Am 28. März starb im Alter von 49 Jahren unser Kamerad Josef Arnich. Wir werden in ihm ein gutes Mitglied vermissen. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewiß!

Zahlstelle Kray. Im ersten Vierteljahr dieses Jahres sind die Kameraden August Engelage und Romano Longhi durch Tod von uns geschieden. Beide waren eifrige treue Mitglieder des Verbandes. Wir werden ihnen immer ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Massen III. Am 20. März verunglückte unser Kamerad Ludwig Eppmann tödlich. Er war ein guter Funktionär unseres Verbandes und stand stets in den vordersten Reihen. Er war seit 1916 Mitglied unseres Verbandes. Wir werden seiner in Ehren gedenken!

Zahlstelle Planig-Ost. Wieder sind zwei alte Vorkämpfer, Robert Schirer am 22. März und Wilh. Thuß am 2. April, Mitglieder unserer Zahlstelle, durch den Unabwendigen Tod aus unseren Reihen gerissen worden. Schon frühzeitig hatten sie sich dem sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband angeschlossen. Ueber vierzig Jahre lang haben sie der Organisation die Treue bewahrt. Wir werden das Andenken der beiden Kameraden stets in Ehren halten!

Zahlstelle Planig-Nord. Am 2. April verunglückte tödlich unser Mitglied Kurt Lent. Er war ein guter Kamerad. Wir werden seiner stets gedenken!

Verbandsnachrichten

Rechtsschick.

St. Wendel (Saar). Allen Kameraden zur Kenntnis, daß die bisherige Dienstag-Sprechstunde auf Montag verlegt wird. Ab 1. April finden regelmäßig Montags und Donnerstags Sprechstunden statt.

Auszahlung von Unterstützungen.

Hufen. Sämtliche Kameraden, die Unterstützung beziehen wollen, müssen sich spätestens bis zum 15. eines jeden Monats beim Hauptkassierer W. Schulze, Im Telgei Nr. 7, mit ihrem Verbandsbuch melden.

Knappschäftsältestenkommission Bochum.

Sonntag, den 19. April, nachmittags 3 Uhr, im Konferenzsaal unserer Verbandszentrale in Bochum: Quartalsitzung. Alle Mitglieder müssen erscheinen!

BÜCHER

Alle hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wismarstraße 38-42, zu beziehen.

Rationalisierung — Zentralisierung. Von Otto Bauer. Dieses Buch ist der selbständige erste Band eines groß angelegten Werkes: „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg“.

sternung und Gesellschaftsordnung. — Das Buch enthält auf knappem Raum ein ungeheures Material über technische Fortschritte, Produktionssteigerung auf allen Gebieten, sei letztere verursacht durch technisch betriebliche Fortschritte oder durch Intensivierung der menschlichen Arbeit.

„Hilft Arbeitsdienstpflicht gegen Arbeitslosigkeit? Schipp, Schipp — Hurra! Verlag S. H. W. Dieckhoff, Berlin, 1931. 16 Seiten mit Illustrationen und farbigem Umschlag. Preis 20 Pf. — Die Arbeitsdienstpflicht wird von der Rechtspreffe immer und immer wieder als Mittel zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit angepriesen.

Braunen über die Arbeitsdienstpflicht, der den reaktionären Geist und die wirtschaftliche Undurchführbarkeit dieser Idee verdeutlichen soll. Um so verdienstvoller ist es, daß diese Schrift es unternimmt, sachliche Aufklärung in dieser Frage zu schaffen.

Die blutige Internationale. Von Lehmann-Ruß. Erschienen im Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf. Ladenpreis 1 M. In diesem Buch werden die Zusammenhänge dargelegt, die den Krieg als ein einträgliches Geschäft der internationalen Rüstungsindustrie bloßlegen und weiter darstellen.

MAGGI'S Suppen 10 Pfg. kosten nur noch der Würfel



Unter Tage ist ein guter Begleiter der wüργige und billige GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten.

Bei Asthma, Katarrhen der Atmungsorgane, Verschleimung, Grippe, veraltetem Husten u. Heiserkeit erhalten Leidende von uns zur Aufklärung unsonst und portofrei eine mit Abbildungen versehene Broschüre über diese Krankheiten und deren gesundheitsfördernde, direkte, ärztliche, d. h. innere Bekämpfung und Desinfektion mittels des „Puhmann Inhalators“.

Sie müssen Briefe schreiben, die Eindruck machen! Schreiben Sie meinen „Großen Allgemeinen Briefsteller für Geschäfts- und Privatgebrauch mit Wörterbuch, Rechtschreibung u. Interpunktionslehre“.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre Gute Taschenuhr nur M. 2,70

S 218 kommt nicht mehr in Frage, wenn Sie das soeben neu erschienene Buch v. L. Otto, „Vorbeugen, nicht abtreiben“ besitzen.

BETTFEDERN 10% Rabatt auf alle Proben. Christ Bettfedern

Biel Geld sparen alle Stunden durch Ihren „ausführlichen, praxisreichen, vollständigsten, vollständigsten, vollständigsten“

Homöopathie Biochemie Original Schwabe erhältlich durch die Apotheken. Dr. Willmar Schwabe, Leipzig 0 29

50000 neue Musikfreunde werden allein seit 1924 von uns zum Zufriedenheit beliefert. 20000 Dankbriefe rühmen die Qualität und niedrigen Preise.

Druckerei im Bild. eine Postkarte, dann erhalten Sie kostenlos und unverbindlich entzückende Musterauswahl von Herren- und Damenstoffen.

Billige böhmische Bettfedern Nur reine gutfüllende Sorten. Benedikt Samsel, Lobos 209 bei Wilfen in Böhmen.

Haarfärbekamm (gelblich, Blau, Schwarz) färbt graues oder rotes Haar ein blond, braun oder schwarz. Rad. Koffers, Rosenthaler Str. 9

Unzeigen and die meist, haben den denkbar größten Erfolg in der Bergbau-Industrie. Handnäh-ahle Wichtig

Bücher aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung. H. Hansmann & Co., Bochum.

Thüringer Goldglöckchen, die früheste gelbfleisige Delikatess-Kartoffel. Goldglöckchen ist nicht nur die früheste, sondern auch in Qualität und Aussehen die allerfeinste Speisekartoffel.

Sächsische Bettfedern Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4

Edel-Kanarien wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. M. 8.— u. höher. Vorkäufer, Zuchtpaare, Käfige, Futter, Vogelärztl. Hochinteressante Preisliste mit wertvollen Anregungen kostenlos.

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Vertrauliches, best-reellstes christliches Haus!

Josef Witt, Weiden 296 Oberpfalz. Großes Baumwollwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.